



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.49940

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

GERD KRUMEICH

POINCARÉ UND DER »POINCARISMUS«¹

Raymond Poincaré ist einer der umstrittensten Staatsmänner dieses Jahrhunderts. Kaum einer der verantwortlichen Politiker aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg steht noch heute so weitgehend wie er in dem Ruf, den Nationalismus geschürt, aus revanchistischen Motiven den Krieg ersehnt und vorbereitet zu haben, vor und nach dem Krieg eine Gewaltpolitik nach innen und außen getrieben und zudem Handlanger massiver ökonomischer Interessen gewesen zu sein.

Dies ist zweifellos ein Nachhall der überaus stark politisierten Zeitgeschichtsschreibung und »Kriegsschuld«-Diskussion der 20er Jahre. Geläufige Schlagworte wie »Poincaré-la-Guerre« oder »Poincaré-Ruhr« waren Ausdruck einer nahezu unentwerrbar innen- und außenpolitisch motivierten Auseinandersetzung sowohl in Frankreich selber als auch zwischen den sich jeweils als Sachwalter nationaler Interessen verstehenden Historikern Deutschlands und Frankreichs.²

Noch in den 60er Jahren hat der Doyen der französischen Historikerschaft, Pierre Renouvin, in einer Diskussion mit A. Fabre-Luce, dessen »La Victoire« von 1924 zu den bekanntesten Werken der »revisionistischen« Literatur zählt, den Vorwurf erneuert, daß die Linke in den Jahren nach 1918 Poincaré aus rein innenpolitischen Motiven des Chauvinismus und der Kriegstreiberei bezichtigt hätte.³ In so allgemeiner Form ist dieser Vorwurf sicherlich nicht gerechtfertigt. Bei einer Beurteilung dieser tatsächlich sehr erbitterten Kampagne muß in Rechnung gestellt werden, daß durch die Aktenpublikationen der Nachkriegszeit die französische Vorkriegspolitik – und besonders Poincarés Handeln – in starken Zweifel gerieten. Dieser hat sich zwar historisch kaum bewahrheitet, wurde aber durch die vagen und lautstarken patriotischen Beteuerungen und die stets nur schrittweise erfolgenden Zugeständnisse bezüg-

¹ Dieser Beitrag beruht insbesondere auf einer Auswertung des in der Nationalbibliothek Paris verwahrten und der Forschung seit einigen Jahren zugänglichen Tagebuchs Raymond Poincarés. Die Auswertung sowie die Transkription zwecks späterer Edition wurden mir durch ein Stipendium des Deutschen Historischen Instituts in Paris überaus erleichtert, dessen Leiter, Herrn Prof. Werner, hierfür herzlich gedankt sei.

² Vgl. zu dieser Diskussion die neuere Arbeit von J. DROZ, *Les causes de la Première Guerre mondiale. Essai d'historiographie*, Paris 1973; aus der älteren Literatur besonders informativ ist L. ALBERTINI, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1952 (Ndr. 1967); Bd. 3, S. 141–161 enthält eine detaillierte Darstellung der Nachkriegsaueinandersetzung in Frankreich; A. ROSENBERG, *Die Schuldfrage in Frankreich während des Krieges*, in: *Preußische Jahrbücher* CCXVI, H. 3 (Juni 1929), S. 269–285; *Les responsabilités de la Guerre*, Quatorze questions par R. GÉRIN. Quatorze réponses par R. POINCARÉ, Paris 1930; E. CHANTRIOT, *Raymond Poincaré jugé par les Allemands*, in: *Annales de l'Est*, Ser. 4, Jg. 5 (1937), fasc. 1, 3 u. 4; P. RENOUVIN, *Les historiens américains et les responsabilités de la Guerre*, in: *Revue des Deux Mondes* 1931 (Bd. 2), S. 886–903.

³ P. RENOUVIN, *Les origines de la guerre de 1914*, in: *Le Monde*, 30. 7. 1964; A. FABRE-LUCE, *Controverse sur le problème des responsabilités*, *ibid.* 12. 8. 1964.

lich etwa Fälschungen im französischen »Gelbbuch« von 1914 immer wieder neu angefacht.⁴

Wenn die Verantwortlichkeiten in der Juli-Krise von 1914 stets im Zentrum der Diskussion blieben, so spielte doch von vornherein auch die Politik der französischen Regierung spätestens seit der Agadir-Krise des Jahres 1911 eine gewichtige Rolle. Fast leitmotivisch sind in dieser Hinsicht die Vorwürfe, die der Sprecher der kommunistischen Fraktion, P. Vaillant-Couturier, in der berühmten improvisierten Kriegsschuld-Debatte des französischen Parlaments⁵ gegen diesen »Poincarisme« der Vorkriegszeit erhob: Es habe in Frankreich in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg einen »Parti de la Guerre« gegeben, der bestimmt gewesen sei von militaristischer Ideologie und schwerindustriellen Interessen, und der den Nationalismus bewußt geschürt habe. Poincaré sei von diesen Interessen und Ideologien in die höchsten Staatsämter gebracht worden, und er selber habe ihnen in seiner Amtszeit als Ministerpräsident (1912) und als Staatspräsident (1913–1920) gedient. Poincaré sei in seinen außenpolitischen Entscheidungen zum Gefangenen einer von den schwerindustriellen und imperialistischen Kriegstreibern kunstvoll inszenierten Popularität geworden: »Prisonnier d'une popularité qu'il n'aurait peut-être pas voulu conserver devant l'histoire . . . Pour beaucoup d'anciens combattants, enfin conscients, vous portez une responsabilité terrible, Poincaré-la-Guerre.«⁶

Die von Poincaré verkörperte Politik erschien der französischen Linken nach dem Krieg als ein Aggregat von revanchistischen, populär-chauvinistischen, schwerindustriell-kriegstreiberischen, aggressiv-imperialistischen Tendenzen, Bestrebungen und Herrschaftstechniken. Es wäre allerdings interessant, diese hier nur sehr verkürzt wiedergegebene Polemik genauer darzustellen und dabei auch die Nuancen und Differenzen, die es innerhalb der »revisionistischen«, »antipoincaristischen«, »inno-

⁴ Einen guten Eindruck der durch das fortlaufende Erscheinen neuer Dokumente ausgelösten Kontroversen vermitteln die Bände der Zeitschrift »Die Kriegsschuldfrage«, ab 1923 (ab 1929 »Berliner Monatshefte«), in der auch die französischen »Revisionisten« ausgiebig zu Wort kamen; vgl. weiterhin die in Anm. 2 genannte Lit.

⁵ Vgl. Journal Officiel de la Chambre des Députés, Débats Parlementaires (JOC Déb.), 1922, S. 2278–2406 (4.–6. 6. 1922).

⁶ Ibid. S. 2329–2337; die vorgebliche Abhängigkeit Poincarés von schwerindustriellen Interessen hat dann insbes. G. MICHON, *La Préparation à la guerre: La Loi de Trois Ans, 1911–1914*, Paris 1935, behauptet. Seitdem ist diese Behauptung häufig wiederholt worden, ohne daß jedoch jemals Beweise für eine solche Abhängigkeit beigebracht worden wären: vgl. insbes.: E. BEAU DE LOMÉNIÉ, *Les Responsabilités des dynasties bourgeoises* (1977), Bd. 2, S. 455 ff. (auch separat veröffentlicht unter dem Titel »Comment Poincaré est devenu le »Grand Lorrain««, in: *La Nef* 26 (1947), S. 52–63); H. GUILLEMIN, *Nationalistes et Nationaux (1870–1940)*, Paris 1974, S. 90–94 u. 126 f.; Th. ZELDIN, *France 1848–1945*, Bd. 1 (1973), S. 55 f.; ebd. Bd. 2 (1978), S. 1092 eine sehr viel differenziertere Einschätzung; eine abgewogene Darstellung bei L. DERFLER, *President versus Parliament. Constitutional Conflict in the Third Republic*, in: *Proceedings of the Second Meeting of the Western Society for French History* (1974), Texas U. P. 1975, S. 320–334; Genauere Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft haben diese vorgebliche Abhängigkeit bislang nicht bestätigt: vgl. bes. J.-N. JEANNENEY, *François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir*, Paris 1976; F. BOBRIE/P. GASTON, *L'opinion et les groupes de pression face à la politique financière et monétaire de Poincaré, 1926–28*, Paris 1973 (Hachette-AUDIR); Vgl. auch die Warnung René Giraults vor zu einfachen Verbindungslinien, denn »notre ignorance est encore grande des rapports existant à ce moment entre hommes politiques et hommes d'affaires en France«: R. GIRAULT, *Les Balkans dans les relations franco-russes en 1912*, in: *Revue Historique* 253 (1975), S. 155–184, hier: S. 184.

zentistischen« – so einige der geläufigen polemischen Klassifizierungen – Literatur gab, hervortreten zu lassen. So gibt es z. B. erhebliche Unterschiede zwischen der noch loyalen Kritik Poincarés etwa bei Gouttenoire de Toury und den an Schärfe kaum zu überbietenden Schriften Dupins.⁷ Durch den globalen Vorwurf, daß die gesamte revisionistische Kampagne nur aus innenpolitischen Motiven geführt worden sei, werden auch die großen und signifikanten Unterschiede etwa zwischen Léon Blums Angriffen auf Poincaré und denen der Kommunistischen Partei über Gebühr zugedeckt.⁸ Diese Differenzen in der Beurteilung verweisen aber bereits auf die Tatsache, daß die französische Vorkriegspolitik und insbesondere ihre »poincaristische« Ausprägung keineswegs die Eindeutigkeit und Gradlinigkeit gehabt haben kann, wie sie ihr wegen der kriegs- und nachkriegsbedingten Polarisierung dann für lange Zeit zugemessen worden sind.

In Folgendem soll wegen dieser Mehrdeutigkeit und relativen Unbestimmtheit des Begriffs das Phänomen, welches schon vor dem 1. Weltkrieg verschiedentlich als »Poincarismus« apostrophiert wurde, untersucht werden. Soweit ersichtlich wurde dieser Ausdruck von Clemenceau geprägt, der – Vorspiel einer erbitterten persönlichen Feindschaft⁹ – im Jahre 1902 mit beißender Ironie das politische Profil und die Gründe der politischen Karriere Poincarés analysierte.¹⁰ Anlaß für diese erste Abrechnung mit dem »Poincarisme« war die soeben erfolgte Gründung der liberal-konservativen »Alliance Républicaine Démocratique« (ARD) unter maßgeblicher Beteiligung Poincarés und anderer Anhänger des rechtsrepublikanischen »groupe progressiste« der Kammer, welcher sich in der Dreyfus-Krise gespalten hatte. Bezeichnete diese Parteigründung deshalb auch eine gewisse Linkswendung von Teilen der konservativsten Fraktion der Republikaner, so war sie doch in erster Linie eine Antwort von Politikern des »centre-droite« auf die Gründung des linksbürgerlichen »Parti Républicain Radical et Radical-Socialiste«.¹¹ Diese Frontstellung zeigte besonders Poincarés »Discours de Rouen« vom März 1902, wo er – im Wahlkampf und in polemischer Zuspitzung – sich bemühte, die Prinzipien des liberalen Republikanismus gegen Radikalismus und »Kollektivismus« zu verteidigen.¹² So bedauerte er insbesondere, daß sich über die sozialgesetzgeberischen Initiativen der radikalen Regierung vielerlei

⁷ E. GOUTTENOIRE DE TOURY, *Poincaré a-t-il voulu la guerre?* Paris 1921; ders., *Jaurès et le Parti de la Guerre* (avec une préface de Ch. Gide), Paris 1922; Gustave DUPIN, *M. Poincaré et la guerre de 1914*. Paris 1935²: »Que cet être soit à jamais maudit!« (S. 82); vgl. auch ders., *Poincaré et ses Souvenirs politiques*, Paris 1927.

⁸ Vgl. hierzu die zutreffenden Bemerkungen von G. ZIEBURA, Léon Blum. *Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik*, Berlin 1963, S. 293–4, 300, 372–3.

⁹ Vgl. die neue Arbeit des »Clemencisten« G. WORMSER, *Le septennat de Poincaré*, Paris 1977.

¹⁰ Clemenceaus Artikel in »Le Bloc« vom 15. 3. 1902 abgedr. bei J. KAYSER, *L'action républicaine de M. Poincaré. Avec un article de M. Clemenceau sur le Poincarisme*, Paris 1929, S. 7–18; dieses Buch ist im übrigen geradezu eine Sammlung aller »antipoincaristischen« loci classici.

¹¹ Zur Radikalen Partei und zur Parteigründung vgl. J.-Th. NORDMANN, *Histoire des Radicaux, 1820–1974*, Paris 1974; J. KAYSER, *Les grandes batailles du radicalisme, 1820–1901*, Paris 1962; D. BARDONNET, *Evolution de la Structure du Parti Radical*, Paris 1960, sowie die neue Darstellung von S. BERSTEIN, *Histoire du Parti Radical*. Bd. 1: *La Recherche de l'Age d'Or*, Paris 1980, S. 15–85. – Die Geschichte und Struktur der Alliance Républicaine Démocratique ist bislang nicht erforscht. Mlle. Rosemonde SANSON bereitet eine »Thèse d'Etat« hierzu vor.

¹² Vgl. KAYSER, *L'action républicaine* (wie Anm. 10).

Formen der »infiltration collectiviste« in die Regierungspolitik ergeben hätten. Man lege sich nicht mehr hinreichend Rechenschaft darüber ab, daß es das Privateigentum sei, das Arbeit schaffe; Sozialpolitik sei notwendig, dürfe aber die Privatindustrie und die öffentlichen Finanzen nicht »erdrücken«; eine »décentralisation prudente« sei anzustreben, um das Überhandnehmen des Staates zu verhindern. Die egalitäre Militärpolitik der Radikalen – insbesondere die geplante Dienstzeitverkürzung – schien ihm ein allein »aus Wahlinteressen gegebener Rabatt« zu sein und zudem Indiz dafür, daß ein »mauvais vent« die Erinnerungen an die Niederlage von 1870 hinweggeblasen habe. Das einzige, was an Poincarés Rede nicht in das Schema konservativer Ordnungsvorstellungen paßte, sondern authentisch liberale Tradition durchscheinen ließ, war die Beteuerung, daß das Ziel der Volksbildung nicht etwa die »unité morale de la France« sein dürfe: Wünschenswert sei allein, daß ein patriotischer Grundkonsens jenseits aller begrüßenswerten »variété« politischer Temperamente und Überzeugungen erhalten bleibe. Trotz dieser sehr interessanten Einschätzung, die gerade bei dem Mann, der gemeinhin mit der Idee der »Union Sacrée« identifiziert wird,¹³ ins Auge fällt, war der »Discours de Rouen« nichts als eine wenig originelle Darstellung defensiver konservativer Ordnungsvorstellungen. Deshalb galt diese Rede Clemenceau als Paradigma einer ganzen Denkrichtung, die er kurzerhand als »Poincarisme« qualifizierte. Poincaré erschien ihm als die »bemerkenswerteste Persönlichkeit« der jungen Generation opportunistischer Politiker, denen der Idealismus der Gründer der Dritten Republik vollständig abhanden gekommen sei und die aus »Charakterlosigkeit« unfähig zu staatsmännischer Leistung seien. Poincaré und seine politischen Freunde wie Louis Barthou und Paul Deschanel seien »junge Wunderknaben, die nichts Wunderbares vollbracht haben«, weil sie borniert und mit dem gesellschaftlichen status quo vollständig zufrieden seien. Aus Furcht vor Revolution und Kollektivismus seien Politiker wie Poincaré sogar bereit, mit antirepublikanischen, klerikalen und militaristischen Gruppen zu kooperieren.¹⁴

Wie aber konnte aus dem Poincaré des »Discours de Rouen« der charismatische Politiker werden, der in den Jahren 1912 und 1913 »von einer Welle des Enthusiasmus in die höchsten Staatsämter getragen« und der nach dem »nationalen Erwachen« der Zeit nach dem Zwischenfall von Agadir weiten Teilen der Öffentlichkeit als »logical leader of a resurgent nation« erschien?¹⁵ In seiner heute noch unübertroffenen Studie über Poincarés Präsidentschaft hat G. Wright gezeigt, wie Poincaré, wengleich er von seinen ideologischen Grundannahmen her dazu tendierte, »Frankreich« mit dem gemäßigten Republikanismus zu identifizieren, keineswegs als dessen Sprachrohr angesehen werden kann. Nach Wrights zutreffender Einschätzung konnte Poincaré im Jahre 1912 nur an die Macht kommen, weil er eben für die Öffentlichkeit mehr repräsentierte als reinen Moderantismus. Er hatte sich nämlich in den von innenpolitischen und sozialen Unruhen geprägten Jahren seit 1906 nicht mehr für eine bestimmte Partei eingesetzt und somit als »Parteimann« profiliert. Auch hatte er seit 1906 kein

¹³ Zu Problem und Bedeutungswandel der »Union Sacrée« vgl. J.-J. BECKER, *Union Sacrée et idéologie bourgeoise*, in: *Revue Historique* 535 (juillet-sept. 1980), S. 65–74; ders.: 1914. *Comment les Français sont entrés dans la Guerre*, Paris 1977; ders.: *Les Français dans la Grande Guerre*, Paris 1980.

¹⁴ KAYSER, *L'action républicaine* (wie Anm. 10) S. 14.

¹⁵ So G. WRIGHT, *Raymond Poincaré and the French Presidency*, Stanford 1942 (Ndr. New York 1967), S. 24f.

Ministeramt mehr angenommen. Deshalb hatte er die in der »République des Comités« seltene Reputation erworben, mehr zu repräsentieren als eine »Fraktion« bzw. politische »Clique«. ¹⁶ Nahezu alle Biographen Poincarés haben seine »systematische Intransigenz«, ¹⁷ seinen Mangel an politischer Geschmeidigkeit, seine persönliche Schroffheit und Verschlossenheit hervorgehoben. Er erscheint als ein Mann, der »eher Respekt als Sympathie« erweckte ¹⁸ und den man »nicht bewunderte, gleichwohl aber nicht widerstehen konnte«; ¹⁹ er wurde in der Bevölkerung nicht wegen der Versprechungen geschätzt, die er gab, sondern wegen der Opfer, die er verlangte. ²⁰ Frankreich – so hat E. Berl in seiner ebenso kritischen wie einfühlsamen Studie über Poincaré geurteilt – wandte sich in schwieriger Zeit an Poincaré, nicht weil es ihn liebte, sondern weil es stets dem »strengen und unbestechlichen Jansenisten« wie Poincaré vertraut. ²¹

Poincarés Popularität ist mit solchen zutreffenden Beobachtungen und Aperçus sicherlich noch nicht hinreichend erklärt und es bedürfte einer genaueren Untersuchung, wie etwa seit 1909 die bürgerliche Öffentlichkeit und Intelligenz immer stärker nach dem »homme fort« rief und ihn nach der Agadir-Krise – allerdings nur für eine kurze Weile – in Poincaré fand. ²² Darüberhinaus wäre auch zu klären, wie es dazu kommen konnte, daß Poincarés Reputation und Popularität schließlich über die Grenzen dieser im engeren Sinn bürgerlichen Öffentlichkeit hinaustrat. Wahrscheinlich ist Thibaudets Annahme zutreffend, daß Poincaré einen solch großen Einfluß ausüben konnte, weil er bei außergewöhnlicher Intelligenz und beruflicher sowie politischer Karriere im Grunde genau den französischen Durchschnittsbürger verkörperte: Er war »aussi patriote que n'importe quel homme de droite, aussi républicain que n'importe quel homme de gauche«. ²³ Wenn sich nach der Agadir-Krise in der französischen Bevölkerung immer stärker das Gefühl durchsetzte, daß es nunmehr genug sein müsse mit den deutschen »mauvais procédés«, ²⁴ so spiegelte Poincarés Verhalten in dieser Krise eben dieses Denken und Empfinden sehr genau wieder: »En voilà assez!« schrieb er im Juli 1911 in einem Brief an den amtierenden Ministerpräsidenten J. Caillaux. ²⁵

¹⁶ So P. MIQUEL, Poincaré, Paris 1962, S. 223–5.

¹⁷ WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 24.

¹⁸ So WORMSER, Le Septennat de Poincaré (wie Anm. 9) S. 19 f.

¹⁹ G. HANOTAUX, Raymond Poincaré, Paris 1935, S. 59.

²⁰ WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 24.

²¹ E. BERL, Raymond Poincaré, in: La Nef Nr. 26 (Jan. 1947), S. 46–51, hier: S. 50; ähnlich F. PAYEN, R. Poincaré, Paris 1936, S. 413 f.; übereinstimmend auch Th. ZELDIN, France (wie Anm. 6) Bd. 2, S. 1092–6.

²² Ansätze zu einer solchen Untersuchung finden sich bei MIQUEL, Poincaré (wie Anm. 16) S. 221–244 und D. E. SUMLER, Domestic Influences on the Nationalist Revival in France, 1909–1914, in: French Historical Studies 6 (1970), S. 517–537.

²³ A. THIBAUDET, La République des Professeurs, Paris 1927, S. 256.

²⁴ Vgl. zu dieser Grundstimmung bes. die Arbeiten von E. WEBER, The Nationalist Revival in France 1905–1914, Berkeley 1959 (Ndr. 1968); E. M. CARROLL, French Public Opinion and Foreign Affairs 1870–1914, New York 1931 (Ndr. London 1965); G. ZIEBURA, Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914, Berlin 1955.

²⁵ Brief vom 26. 9. 1911, zit. nach J.-Cl. ALLAIN, Joseph Caillaux, le défi victorieux, 1863–1914, Paris 1978, S. 384.

Und in seinen verschiedenen öffentlichen Auftritten während der kritischen Phase der deutsch-französischen Verhandlungen im Herbst 1911 forderte er stets ein innenpolitisches Stillhalten und eine Stärkung der Exekutive gegenüber den Parteien, um Frankreich zu erlauben, seine außenpolitischen Interessen mit Festigkeit, Würde und Stetigkeit vertreten zu können. Überdies sei es – so in einer Rede vor dem »Conseil Général« des Département Meuse – im gegenwärtigen Zustand Europas die erste Pflicht eines guten Staatsbürgers, ein »mutiger und disziplinierter Soldat« zu werden.²⁶ Auch Poincarés berühmter »Discours de Nantes« vom Herbst 1912 war Ausdruck dieser weithin begeistert akzeptierten »Politik der Festigkeit«:

»Il n'a pas dépendu de nous de conserver la paix aux autres. Pour nous la conserver toujours à nous-mêmes, il faut garder en nous toute la patience, toute l'énergie, toute la fierté d'un peuple qui ne veut pas la guerre et qui pourtant ne la craint pas.«²⁷

Solch »starke« Worte sind nach dem Krieg häufig als Beweise für Poincarés »Kriegstreiberei« angeführt worden. Dies um so mehr als solche Reden im Jahre 1912 von martialischen und äußerst öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zur Hebung der »fierté nationale« begleitet waren. So wurde der seit den Wirren der Dreyfus-Krise untersagte öffentliche Zapfenstreich (»retraites militaires«) wiedereingeführt und diese wöchentlich stattfindenden Aufmärsche waren häufig von nationalistischen und chauvinistischen Kundgebungen begleitet, die an die Zeit des Boulangismus gemahnten.²⁸ Poincarés Bemühen um die Verabschiedung des seit 1884 (!) auf der Tagesordnung des Parlaments stehenden Gesetzes über die Einführung des Jeanne d'Arc-Nationalfeiertags²⁹ gehörte genau so zu diesem planmäßig geförderten »renouveau national« wie die Auflösung des extrem antimilitaristischen »syndicat des instituteurs« oder wie die Verschärfung der militärischen Disziplinargesetzgebung im Jahre 1912. All diese Maßnahmen übten selbstverständlich eine große Anziehungskraft auf die Rechte aus. Dies gilt insbesondere für Albert de Mun, den Führer der katholisch-»ralliierten« »Alliance Libérale Populaire«, der dazu gelangte, Poincaré als den »homme providentiel« anzusehen, unter dessen Führung Frankreich den ebenso wünschenswerten wie unvermeidlichen Krieg mit Deutschland würde bestehen können. Die Verständigung zwischen den durch Poincaré und de Mun verkörperten Gruppen der Mitte und der Rechten war zwar nie so vollständig, wie späterhin in

²⁶ Vgl. WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 25.

²⁷ Zit. nach R. POINCARÉ, *Au Service de la France. Neuf années de Souvenirs*, Bd. 2 (1926), S. 281 f.; ähnlich auch der »Discours de Dunkerque«, ebd. S. 168 f.

²⁸ Vgl. H. CONTAMINE, *La Revanche*, Paris 1957, S. 132; WEBER, *Nationalist Revival* (wie Anm. 24) S. 101–3; J. CAILLAUX, *Mes Mémoires*, Bd. 3, Paris 1947, S. 19–24.

²⁹ Vgl. WEBER, *Nationalist Revival* (wie Anm. 24) S. 69–71; G. DUPEUX, *La Troisième République*, in: G. DUBY (Hg.), *Histoire de la France*, Bd. 3, Paris 1972, S. 147; bereits in einer Rede in *Vaucouleurs*, 1893, hatte Poincaré als Unterrichtsminister den Jeanne d'Arc-Kult als wichtigstes Mittel, die patriotische Einigkeit jenseits aller gesellschaftlichen und politischen Unterschiede zu erhalten, bezeichnet, vgl. MIQUEL, Poincaré (wie Anm. 16) S. 132–3; in späteren Jahren scheint Poincaré allerdings skeptischer gegenüber dem Jeanne-Kult geworden zu sein: vgl. HANOTAUX, Poincaré (wie Anm. 19) S. 74 f. – Zum Jeanne-Kult in der 3. Republik vgl. allgemein: R. SANSON, *La »Fête de Jeanne d'Arc« en 1894. Controverse et célébration*, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 20 (1973), S. 444–463; M. WINOCK, *Jeanne d'Arc et les Juifs (son mythe sous la Troisième République)* in: *H-Histoire* 3 (1979), S. 227–237. Der Verf. bereitet eine Arbeit über Jeanne Arc und den französischen Nationalismus im 19. Jhd. vor.

kritischen Studien über den Vorkriegsnationalismus geurteilt worden ist;³⁰ gleichwohl sah die republikanische Linke mit verständlicher Sorge, daß sich in diesem neuen »Poincarismus« die traditionellen Grenzen zwischen »Republik« und »Reaktion« aufzulösen begannen.³¹

Im innenpolitischen Bereich machte Poincaré während des Jahres 1912 ohnehin deutlich, daß er nicht bereit war, sich linksrepublikanischen Traditionen bzw. Gepflogenheiten zu unterwerfen. Zwar hatte er noch in seiner Regierungserklärung vom Januar 1912 betont, daß er nur mit »rein republikanischen Mehrheiten« regieren wolle;³² tatsächlich aber setzte Poincaré im Jahre 1912 die seit Jahren umkämpfte Wahlrechtsreform im Parlament mit einer nicht homogenen Mehrheit all jener Gruppen durch, die sich durch die Einführung der »Proportionnelle« eine Vergrößerung ihres Anteils an der nationalen Repräsentanz versprachen. Überdies galt die »Représentation Proportionnelle« den Sozialisten genau wie den Gemäßigten als ein Mittel, die von der Mehrheitswahl in kleinen Wahlkreisen bislang geförderte Abhängigkeit der Parlamentarier von lokalen Interessen durch eine an gesamt-nationalen bzw. sozialen Interessen orientierte Partei-Programmatik abzulösen. Die Radikalen hingegen verteidigten im allgemeinen das alte Wahlsystem mit äußerster Hartnäckigkeit. Sie verurteilten die Reformbestrebungen als »bonapartistische« Tendenzen bzw. kurzum als »antirepublikanische Treibereien«, zumal sich hierbei ja sichtbar alle antiradikalen Kräfte des politischen Spektrums pragmatisch zusammenfanden. Bereits im Jahre 1909 hatte A. Briand als Regierungschef ein Programm des »apaisement« der gesellschaftlichen Konflikte zugunsten einer ruhigen innenpolitischen Entwicklung und einer »starken« Außenpolitik entworfen. Fundament dieser Politik sollte die »Représentation Proportionnelle« sein, die als »reinigender Wind durch die Sümpfe« der Kirchturmsinteressen und -politik fegen sollte.³³ Briand aber hatte von dieser Reform doch Abstand genommen, nachdem er erkannt hatte, daß er die Interessen der Radikalen beachten mußte, wollte er nicht seinen eigenen Sturz herbeiführen.³⁴ Angesichts der großen Popularität Poincarés im Jahre 1912, die ja insbesondere daher rührte, daß er offensichtlich überaus erfolgreich durch die außenpolitische Krise steuerte, konnten die Radikalen es jedoch nicht mehr wagen, ihn über eine rein innenpolitische Frage stürzen zu lassen. So wurde im Jahre 1912 von radikaler Seite aus nicht einmal der Versuch unternommen, die Regierung Poincaré zum Rücktritt zu zwingen.

³⁰ Vgl. bes. MICHON, *La Préparation à la Guerre* (wie Anm. 6) S. 126, der Poincaré sogar als »Elu de la Droite« bezeichnet.

³¹ Ein Symptom solcher Annäherung war, daß sich die zentristische ARD seit Anfang 1913 zu dem neuen Wahlspruch »Pour la République avec les Républicains – pour la France avec les Français« bekannte, vgl. ARD, 2. 3. 1913; Zum Verhältnis Poincarés zu A. de Mun vgl. insgesamt die neue Arbeit von B. F. MARTIN, *Count Albert de Mun. Paladin of the Third Republic*, Chapel Hill 1978 – vgl. hierzu die Bemerkungen des Verf. in *FRANCIA* 7 (1979), S. 856–861; eine sehr abgewogene Darstellung des Verhältnisses schon bei WRIGHT, *Raymond Poincaré* (wie Anm. 15) S. 157/8.

³² Im zeitgenössischen Verständnis bedeutete dies: ohne Beteiligung der »progressistischen« Konservativen und der »rallierten« Katholiken sowie selbstverständlich ohne die antirepublikanischen Gruppen.

³³ So Briands »Discours de Périgueux« von 1909, z. T. wiedergegeben bei G. SUAREZ, *Briand*, Bd. 2, Paris 1938, S. 242–7.

³⁴ Hierzu die genaue Darstellung bei G. BONNEFOUS, *Histoire politique de la Troisième République*, Bd. 1, Paris 1965, S. 145–50.

Nie haben die Radikalen es Poincaré jedoch verziehen, daß er ohne Rücksicht auf traditionelle parlamentarische Usancen regierte und sie ihre Ohnmacht gegenüber diesem »Poincarismus« spüren ließ. Das bekannteste Beispiel für diese Aversion ist Clemenceaus Brief an Poincaré vom 31. Dezember 1912, in welchem er Poincaré beschuldigte, den Kredit, den ihm die Radikalen während des Jahres 1912 wegen der schwierigen außenpolitischen Situation eingeräumt hätten, rücksichtslos benutzt zu haben, um seine persönliche Macht mittels Massenerregung und Dramatisierung der Außenpolitik zu vergrößern. Sein Regieren mit einer heterogenen Mehrheit der äußersten Linken und der Rechten sei in Wirklichkeit nichts als ein Schlag gegen die Souveränität des Parlaments und eine Untergrabung der Errungenschaften der Republik.³⁵

So war Poincarés Macht im Jahre 1912 letztlich ein Ergebnis der Zuspitzung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Agadir-Krise und eines neuen Vorrangs der Außenpolitik bzw. der materiellen und »moralischen« Vorbereitung auf den Krieg im öffentlichen Bewußtsein. Ob diese Neuorientierung darüber hinaus – d. h. bei einem eventuellen Abklingen der internationalen Spannungen – von Dauer sein konnte, war indes genau so wenig vorherzusehen wie es unsicher war, ob Poincarés »feste« Außenpolitik – insbesondere die Stärkung des Bündnisses mit Rußland – auch bei einer Aufhellung des außenpolitischen Horizontes würde fortgesetzt werden können. Diese Gesamtproblematik erst macht Poincarés offensichtlich recht plötzlichen Entschluß, sich um das im Januar 1913 neu zu besetzende Amt des Präsidenten der Republik zu bewerben, verständlich. Denn anscheinend glaubte er, gestützt auf seine Popularität dem Präsidentenamt die politische Bedeutung verleihen zu können, die er sich immer schon hierfür gewünscht hatte. Wenn Gabriel Hanotaux, einer der wenigen Vertrauten Poincarés, im September 1912 als erster dessen Namen in die Debatte um mögliche Kandidaturen für die Präsidentschaft warf, so geschah dies aus der Überzeugung, daß es Poincaré mittels seines persönlichen Charismas gelingen werde, das Amt auf Dauer aufzuwerten.³⁶ Ganz generell waren die gemäßigten Republikaner der Meinung, daß das Präsidentenamt ein wichtiger Faktor innenpolitischer Einigkeit und außenpolitischer Kraftentfaltung sein könne, ganz zu schweigen von der merkwürdigen Mischung von »energetischen« und sozialkonservativen Vorstellungen in den Führer-Konzepten der nationalistischen Rechten.³⁷ Was auch immer Poincaré von solchen Erwartungen und Hoffnungen im Einzelnen gehalten haben mag, sicher ist, daß er sich vom Präsidentenamt mehr erhoffte, als er späterhin hat wahrhaben wollen. In einem Bericht des russischen Botschafters Izvol'skij vom 29. 1. 1913 heißt es diesbezüglich:

³⁵ Abgedr. bei PAYEN, Poincaré (wie Anm. 21) S. 393–5; Der Verdacht, daß Poincaré die Außenpolitik absichtsvoll dramatisiere, um seine innenpolitische Position zu stärken, wurde auch von Paul Cambon, französischer Botschafter in London, in einem Brief an seinen Bruder Jules, Botschafter in Berlin, geäußert: »... Remarque qu'il (= Poincaré) entretient avec soin les appréhensions de guerre. Si Poincaré est élu le ciel s'éclaircira immédiatement«: Paul CAMBON, Correspondance 1870–1924, Bd. 3 (1912–1924), Paris 1946, S. 34 (Brief vom 25. 1. 1913).

³⁶ Vgl. WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 110; vgl. auch DERFLER, President versus Parliament (wie Anm. 6) S. 324.

³⁷ Vgl. WEBER, Nationalist Revival (wie Anm. 24); B. F. MARTIN, Count Albert de Mun (wie Anm. 31); Marieluise CHRISTADLER, Kriegserziehung im Jugendbuch. Literarische Mobilmachung in Deutschland und Frankreich, Wuppertal 1978; Zeev STERNHELL, Maurice Barrès et le Nationalisme Français, Paris 1972.

»Ich hatte soeben eine lange Unterredung mit Poincaré. Er erklärte mir, in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik würde es ihm durchaus möglich sein, unmittelbar auf die auswärtige Politik Frankreichs einzuwirken. Er werde nicht verfehlen, diese Gelegenheit auszunutzen, um im Laufe seines Septenats die Stetigkeit der auf einem engen Bündnis mit Rußland beruhenden Politik zu sichern.«³⁸

Allerdings mußte Poincaré in seiner Amtszeit die Erfahrung machen, daß der Präsident der Republik angesichts der langfristig gewordenen innenpolitischen Kräfteverhältnisse zwar einflußreich, niemals aber mächtig sein konnte.

Im Zusammenhang mit der Debatte um Poincaré und den »Poincarismus« ist der Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik im Januar 1913 immer schon besondere Bedeutung zugemessen worden. Die Peripetien dieser Wahl sind häufig und umfassend dargestellt worden.³⁹ Aus diesem Grunde soll hier nur den für das Problem des »Poincarismus« wichtigen Fragen nachgegangen werden: Was erhoffte sich Poincaré konkret von diesem Amt und wieso konnte es ihm gelingen, trotz des erbitterten Widerstandes der linken Republikaner gewählt zu werden?

Die »lois constitutionnelles« von 1875 hatten dem Präsidenten der Republik eine Fülle von Befugnissen eingeräumt. Hierzu gehörten u. a. die Gesetzesinitiative (gemeinsam mit dem Parlament), die Überwachung der Ausführung der Gesetze, die Verfügung über die bewaffnete Macht, die Auflösung der Kammer (mit Zustimmung des Senats), das Recht, gewisse diplomatische Verträge ohne Zustimmung der Kammern abzuschließen (u. a. Militärkonventionen und Allianzverträge). Der Präsident hatte zudem traditionell das Recht, dem Ministerrat vorzusitzen und – seit 1912 – den Vorsitz über den Obersten Kriegsrat, dem höchsten gemeinsamen Gremium der politischen und der militärischen Führung.⁴⁰ Verfassungsrechtlich begrenzt war die Aktivität des Präsidenten von vornherein eigentlich nur dadurch, daß alle seine Entscheidungen und Maßnahmen ministerieller Gegenzeichnung bedurften. Das wichtigste verfassungsmäßige Recht war wohl das der Kammerauflösung (»Droit de Dissolution«). Denn diese Prärogative war nach dem Willen der verfassungsgebenden Versammlung von 1875 ein eindeutiges Präjudiz für einen Vorrang der Exekutive vor der Legislative. Dieses Recht war nur ein einziges Mal angewendet worden – und seitdem in Verruf geraten: Angesichts der für die Monarchisten besorgniserregenden republikanischen Stimmengewinne von 1877 hatte Präsident Mac Mahon einen Vorwand benutzt, um die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Diese führten allerdings zu einer weiteren Verstärkung der linksrepublikanischen Gruppen, weshalb Mac Mahon auf Dauer gezwungen war nachzugeben. »Se soumettre ou se démettre«, das war der Schlachtruf der Linken in dieser ersten Staatskrise der Dritten Republik gewesen – und nicht von ungefähr sollte dieser Ruf in der innenpoli-

³⁸ Zit. nach F. STIEVE (Hg.), Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, 1911–1914, Bd. 3 (1924), Nr. 705; vgl. hierzu POINCARÉ, *Au Service de la France* (wie Anm. 27) Bd. 3, S. 94; WRIGHT, R. Poincaré (wie Anm. 15) S. 61f. zit. zuzüglich einen ähnlichen Bericht des österreich-ungarischen Botschafters Szécsen.

³⁹ Vgl. u. a. WRIGHT (wie Anm. 15) S. 43–48; BONNEFOUS, *Histoire Politique* (wie Anm. 34) Bd. 1, S. 318–320.

⁴⁰ Vgl. zu dieser Neuerung L. THILE, *Pouvoir civil et pouvoir militaire*, Paris 1914, S. 124–7; R. D'ORNANO, *Gouvernement et Haut-Commandement en régime parlementaire français*, Aix-en-Provence 1958, S. 138–146.

tischen Krise des Jahres 1914 gegen Poincaré gewendet wieder laut werden. Der Fehlschlag des »Seize Mai« Mac Mahons war ein wichtiger Schritt hin zu dem in der Folgezeit immer ausgeprägter werdenden Vorrang der Legislative vor der Exekutive.

Ein wichtiges Recht des Präsidenten war auch das sog. »Droit de Message«. Hierin wurde festgelegt, daß der Präsident mittels Botschaften, die der ministeriellen Gegenzeichnung bedurften und von einem Minister vor der Kammer verlesen werden mußten, mit den Kammern verkehrte. Neben diesem allgemeinen Recht konnte der Präsident auch mittels eines »message motivé« von den Kammern verlangen, ein bereits verabschiedetes Gesetz in einer gewissen Frist neu zu beraten. Auch hierfür bedurfte es der ministeriellen Gegenzeichnung. Unter Verfassungsrechtlern war und ist die Frage umstritten, ob der Präsident auch das Recht hatte, eine Botschaft an die Nation zu richten, da dieses Recht in der Verfassung nicht ausdrücklich ausgeschlossen war. Abgesehen aber von der Tatsache, daß eine Botschaft an das Parlament implizit immer auch an die Nation gerichtet war und öffentliche Verbreitung fand, war diese Frage in der politischen Praxis insofern von geringer Bedeutung, als seit dem »Seize Mai« auch dieses Recht als obsolet galt. Die meisten Präsidenten beschränkten sich auf einen politisch unverbindlichen »message« zu Beginn ihrer Amtszeit.⁴¹

Diese Entwicklung hatte indes nicht dazu geführt, daß der Präsident seines politischen Einflusses vollständig beraubt worden wäre und sich künftighin nur noch auf die ihm auch zukommende »présidence des solennités nationales« habe beschränken müssen. So behielt er – nicht aufgrund einer Verfassungsvorschrift, aber aus Tradition – das Recht, einen Politiker seiner Wahl mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Hierbei war es zwar angezeigt – wollte man Regierungskrisen vermeiden – den »indications« der innerparlamentarischen Machtverhältnisse Rechnung zu tragen; diese waren aber angesichts des Fehlens von deutlichen Fraktions- bzw. Parteistrukturen in der Vorkriegszeit oft nur äußerst vage.⁴² Deshalb hatte der Präsident gemeinhin eine recht große Wahlmöglichkeit: »Ce choix, très souvent, cristallisa une majorité qui attendait un chef.«⁴³

Diese mehr oder weniger festgeschriebenen Befugnisse, die vieles vom politischen Profil und Renommée des jeweiligen Präsidenten abhängig sein ließen, führten dazu, daß die Auseinandersetzung innerhalb des republikanischen Lagers zwischen den meist linken Befürwortern des »régime parlementaire« und den meist gemäßigten bzw. konservativen Befürwortern der Gleichwertigkeit der Exekutive stets auch eine Auseinandersetzung um Rolle und Person des Präsidenten blieb.

Die Strategie der linken Republikaner war, möglichst nur Politiker minderen Ranges in dieses Amt gelangen zu lassen – »Je vote pour le plus bête« soll Clemenceau

⁴¹ Vgl. J. Cl. MAESTRE, Les messages présidentiels en France, in: Revue du droit public en France et à l'Étranger 80 (1964), S. 392–438, bes. S. 397–413.

⁴² Diese geläufige Feststellung dürfte allgemein und vergleichend weiterhin zutreffend sein, wenngleich die neue Arbeit von R. HUDEMANN, Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871–1875), München 1979 (Beihefte der FRANCIA, hg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Bd. 8) zeigt, daß die Parteien und Fraktionen bereits in der Frühphase der 3. Republik sehr viel stärker organisiert waren als man bislang angenommen hatte.

⁴³ So G. BURDEAU, Traité de Science Politique, t. 6, vol. II, Paris 1971², S. 405; übereinstimmend: M. DUVERGER, Institutions politiques et droit constitutionnel, Paris 1970¹¹; vgl. allgemein: R. ESCAICH, L'influence des présidents de la République, in: Ecrits de Paris 1965, No. 237, S. 64–76.

gesagt haben –, um die institutionellen Möglichkeiten des Amtes somit zu neutralisieren. Dahingegen hatten konservative und gemäßigte Republikaner nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihrer Auffassung nach ein starker Präsident unverzichtbares Korrektiv der »anarchie parlementaire« und Element der Effizienz der republikanischen Staatsform sein müsse.⁴⁴ Auch Poincaré hatte sich stets für eine Aufwertung des Präsidentenamtes ausgesprochen, so z. B. in der schon erwähnten Wahlrede von Rouen im Jahre 1902: »... il faut que le Président de la République puisse désormais exercer librement les pouvoirs dont l'usage l'a dépouillé«.⁴⁵ Hiermit war auch das »droit de dissolution« gemeint, auch wenn man dies in den auf die Wirren der Dreyfus-Krise folgenden Jahren nicht deutlich aussprechen konnte, wollte man nicht als Antirepublikaner gelten. Im Jahre 1912 allerdings – in einer politisch überaus veränderten Situation – drückte Poincaré diesen Gedanken ganz offen aus: Das wichtigste Recht des Präsidenten – so schrieb er in einer weit verbreiteten staatsbürgerlichen Aufklärungsschrift für Jugendliche – sei das »droit de dissolution«. Dieses verdiene nicht den Mißkredit, in den es nach dem »Seize Mai« gefallen sei. Es sei auch nicht als Vehikel monarchistischer Restauration aufzufassen sondern als »garantie naturelle de la séparation des pouvoirs«.⁴⁶ Solche Sätze aus der Feder des amtierenden Ministerpräsidenten waren selbstverständlich dazu angetan, das ohnehin vorhandene Mißtrauen der Radikalen gegen die Politik Poincarés zu verstärken.

Im Unterschied zu den Radikalen hatten die Sozialisten offenbar keine schwerwiegenden Bedenken gegen Poincarés Politik. Das Verhältnis der Sozialisten zum entstehenden Poincarismus ist allerdings bislang kaum einmal untersucht worden. Welches auch immer die grundsätzliche Haltung der »Section Française de l'Internationale Ouvrière« (SFIO) zu Nationalismus und Krieg gewesen sein mag,⁴⁷ so hat es keinesfalls den Anschein, daß Poincarés Reden und Handeln von sozialistischer Seite in eine direkte Verbindung damit gebracht worden wären. Traf bereits Poincarés »starke« Regierungserklärung vom Januar 1912 auf die wohlwollende Enthaltung der SFIO-Fraktion, so scheuten sich Jaurès und seine Mitstreiter keineswegs, Poincaré bei der Durchsetzung der Wahlreform gegen die linken Republikaner zu helfen. Mehr noch: Marcel Sembat, zu dieser Zeit ein prominenter Vertreter des reformistischen Flügels der SFIO, kämpfte offen für die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik.⁴⁸ Und Compère-Morel, einer der führenden Vertreter der marxistischen Richtung innerhalb der SFIO, erklärte nach der Wahl Poincarés:

»Man muß zugeben, daß diese Wahl von der Bevölkerung mit Freuden begrüßt wurde. Die ganze Presse war Poincaré günstig, die öffentliche Meinung kam ihm entgegen. Er erntete die Popularität, die er sich während seiner Ministerschaft in den letzten so bewegten Monaten

⁴⁴ Vgl. WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 11–13.

⁴⁵ Vgl. oben, Anm. 12.

⁴⁶ R. POINCARÉ, *Ce que demande la Cité. Vingt causeries familières*, Paris 1912 (»Collection pour la Jeunesse«), p. 54.

⁴⁷ Vgl. insgesamt M. N. DRACHKOVITCH, *Les socialismes français et allemand et le problème de la guerre*, Genf 1953.

⁴⁸ Vgl. G. LEFRANC/P. COLLIART, *Images de Jaurès tirées des »Cahiers« inédits de Marcel Sembat*, in: *Bulletin de la Société d'études jaurésiennes*, No. 72 (janv.-mars 1979).

erworben hatte. Das Kleinbürgertum besonders wußte ihm Dank dafür, daß er erklärt hatte, der Krieg wäre ein Unglück, und er würde alles daransetzen, ihn zu vermeiden.«⁴⁹

Léon Blum hat hingegen fast 10 Jahre später in der schon eingangs erwähnten parlamentarischen Auseinandersetzung über den Vorkriegs-Poincarismus den oft zitierten Leitartikel Jaurès' aus der »Humanité« vom 18. Februar 1913 angeführt, in welchem Jaurès Poincaré am Tage der Amtseinführung als Präsident der Republik mahnte, sich nicht von den Forderungen der Rechten blenden zu lassen und nicht zuzulassen, daß sein Septenat eine Zeit der »Reaktion und des Krieges« werde.⁵⁰ Es ist jedoch zu beachten – was Blum und nach ihm viele Historiker unterlassen haben – daß sich Mitte Februar 1913 – einen Monat nach der Wahl – die innenpolitischen Verhältnisse in Frankreich tiefgreifend und abrupt änderten. Seit Mitte Februar gab es in der Öffentlichkeit nur noch ein einziges Diskussionsthema: Die bevorstehende große deutsche Heeresvermehrung und die Frage, welche französischen Gegenmaßnahmen erforderlich seien.⁵¹ Während die Rechte und die gemäßigten Gruppen gerade schon in dieser Zeit den vermeintlich »starken« Mann Poincaré aufforderten, der »deutschen Drohung« unverzüglich zu begegnen, wandte sich die SFIO ohne zu zögern gegen die aufkommende Kriegspsychose⁵² und bemühte sich, die bürgerliche Linke zu einem Bündnis gegen »Reaktion und Krieg« zu gewinnen. Die Auseinandersetzung um die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht – die »Loi de Trois Ans« –, in ihrer Intensität nur noch mit der Dreyfus-Krise vergleichbar, war ein solch tiefer Einschnitt in der Vorkriegspolitik und im öffentlichen Bewußtsein, daß man, um Fehleinschätzungen zu vermeiden, hier sehr genau zwischen dem vorher und nachher zu unterscheiden hat.⁵³ Wenn die Sozialisten vor Mitte Februar 1913 den »Poincarismus« als einen nicht unwillkommenen Antiradikalismus ansahen, so wurde Poincaré in der Folgezeit immer stärker zum Negativsymbol der Rüstungspolitik. Dies geschah in einem so großen Maße, daß Vaillant-Couturier in der parlamentarischen Generalabrechnung mit »Poincaré-la-Guerre« im Jahre 1922 ausrufen konnte: »Nous l'accusons d'avoir été ce que Jaurès espérait qu'il ne serait pas, le président de la réaction ou de la guerre!«⁵⁴

Es bleibt somit festzustellen, daß der Poincarismus nach der Agadir-Krise und bis hin zum Beginn der Debatte um die Loi de Trois Ans als überaus mehrdeutig

⁴⁹ A. COMPÈRE-MOREL, Die Präsidentenwahl in Frankreich, in: Die Neue Zeit 31 (1913), Bd. 1, S. 617–621, hier S. 621.

⁵⁰ JOC Déb. 1922, S. 2400; dieselbe Argumentation bei Gouttenoire de Toury, Jaurès et le Parti de la Guerre (wie Anm. 7).

⁵¹ Am 17. 2. 1913 berichtete der offiziöse »Temps« zum ersten Mal von einer Ministerratssitzung über eine mögliche Verlängerung der Dienstpflicht in der aktiven Armee, vgl. hierzu und zu den Motiven der französischen Regierung die Arbeit des Verf.: G. KRUMEICH, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Wiesbaden 1980 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 96).

⁵² Vgl. *ibid.* und D. E. SUMLER, Opponents of War Preparedness in France, 1913–1914, in: Doves and Diplomates. Foreign Offices and Peace Movements in Europe in the Twentieth Century, Hg. S. WANK, Westport (Conn.)/London, 1978.

⁵³ Zur analogen Anwendung dieses methodischen Prinzips vgl. die in Anm. 13 genannten Arbeiten J.-J. BECKERS über die Reaktion der öffentlichen Meinung auf die Ereignisse der Juli-Krise und nach Kriegsausbruch.

⁵⁴ JOC Déb. 1922, p. 2237.

angesehen werden muß. Wenn sich die politisch und ideologisch Poincaré nahestehende Bourgeoisie hiermit sowohl soziale »Pazifizierung« in Weiterführung des Briandschen »apaisement« sowie eine »starke« Außenpolitik vorstellen konnte; wenn die Rechte ihn mehr oder weniger explizit als eine Führungsgestalt quasi monarchischen Zuschnitts und als Symbol des wiedererstehenden Nationalismus feierte, so blieb er gleichwohl für die SFIO innenpolitisch ein durchaus akzeptabler Partner. Nur diese Mehrschichtigkeit vermag zu erklären, warum Poincaré zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Und er selber hat dies damals genau so eingeschätzt, wie sein Tagebucheintrag vom Morgen des 17. Januar 1913, dem Tag der Wahl, zeigt:

»J'ai la certitude absolue du succès. Les socialistes unifiés ne me sont pas hostiles à cause de la [Représentation] proportionnelle; ils auront leur candidat; mais jamais . . . ils ne voteront pour Pams.⁵⁵ Les Progressistes . . . me donneront un certain nombre de voix. Je n'ai sollicité ni fait solliciter aucun membre de la droite; mais de Mun est venu me dire spontanément que ses amis et lui voteraient pour moi . . . malgré tout ce qui les sépare de moi en politique . . . Il ne m'a demandé aucun engagement, je n'en ai pris aucun, et la démarche de ce très galant homme, entièrement inspiré par ce qu'il considère, à tort ou à raison comme l'intérêt national, m'a touché jusqu'au fond de l'âme.«⁵⁶

In dem Maße, wie der Poincarismus diese ursprüngliche Mehrdeutigkeit verlor, war er zum Niedergang verurteilt. Diese Einengung begann zu dem Zeitpunkt, als Poincaré nicht mehr nur ganz allgemein als Protagonist einer »si vis pacem«-Politik angesehen wurde sondern als er für jedermann deutlich in der Aufrüstungsdebatte des Jahres 1913 Partei ergriff und damit nach zeitgenössischem Empfinden aus der Überparteilichkeit des Präsidenten der Republik heraustrat.

Alle diejenigen, die geglaubt hatten, daß die Politik der »fierté nationale« nach der Agadir-Krise zu dauerhaften Umformungen, sei es in militärpolitischer sei es allgemein in gesellschaftspolitischer Hinsicht führen konnte, sollten auf Dauer an der Resistenzkraft der »République des Comités« scheitern. Spürbar wurde dieses Beharrungsvermögen der tradierten politischen Ideologien und parlamentarischen Verfahrensweisen gegen »nationalen Aufschwung« und plebiszitäres Führertum schon ab Mitte April 1913, als die Hoffnung sowohl der Nationalisten als auch der gemäßigten Presse und Staatsmänner, daß die »Antwort« auf die deutschen Rüstungspläne prompt und mit »Elan« erfolgen möge, sich zerschlug. Die bürgerliche Linke beharrte bei aller Opferbereitschaft auf einer ausführlichen parlamentarischen Beratung, da sie »alles Notwendige, aber nur das Notwendige« zugestehen wollte. Die verantwortlichen Politiker versuchten, die hieraus resultierende Gefahr, daß die »nationale Einmütigkeit« an der Wehrfrage zerbrechen könnte, durch chauvinistische Reden und äußerst harte Repression des antimilitaristischen Kampfes einzudämmen. Weiterhin stießen alle Versuche der Linken, die Finanzierung der Aufrüstung durch neue und sozial gerechte Steuern sicherzustellen, auf hartnäckige Ablehnung von Seiten der Konservativen und auf äußerst ausweichende Reaktionen der Regierung. Es kann nicht verwundern, daß sich angesichts der großen Diskrepanz zwischen der

⁵⁵ Der Senator J. Pams war der Kandidat der republikanischen Linken.

⁵⁶ Poincaré, Notes Journalières (N. J.), Bibliothèque Nationale, Nouvelles Acquisitions Françaises, 16024–16027 (26. 12. 12–August 1914); vgl. POINCARÉ, Au Service de la France (wie Anm. 27) Bd. 3, S. 59, wo Poincaré darauf insistiert, daß er eine »republikanische Mehrheit« erhalten habe.

Beschwörung der nationalen Einigkeit und der patriotischen Opferbereitschaft einerseits und unverblümter Klasseninteressen andererseits, die Befürchtung zu bewahrheiten schien, daß Poincarés Amtszeit eine »Zeit der Reaktion und des Krieges« sein werde.

Hier erwies es sich jedoch, daß Poincaré eben nicht ein »party president« war, ein »chief executive with a program«, der dazu tendierte, »Frankreich« mit den Interessen der Gemäßigten zu identifizieren.⁵⁷ Er war nicht der von der Rechten erhoffte und von der Linken gefürchtete Führer, der sein Charisma in den Dienst partikularer Interessen stellte.⁵⁸ Auf dem Höhepunkt der Welle der Rüstungskampagne, als es auf den Pariser Straßen sogar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den »Camelots du Roy« der »Action Française« und antimilitaristischen Gruppen kam, als nationalistische Studenten pazifistische Professoren am Sprechen hinderten, hielt es Poincaré – ganz im Gegensatz etwa zum Regierungschef Barthou und zum Kriegsminister Etienne – für angebracht, öffentlich für einen »ruhigen Patriotismus« einzutreten. Gleichzeitig unternahm er es, seine Sicht der verfassungsmäßigen Pflichten und Rechte des Präsidenten noch einmal zu erläutern: Dieses Amt sei »unpersönlich und anonym«; der Präsident der Republik könne und dürfe nicht mehr sein als der »erste Diener des Staates und der Gesetze«.⁵⁹ Solche Sätze waren gerade angesichts der Begeisterung der Nationalisten für den »starken« Präsidenten eine deutliche Distanzierung. Wahrscheinlich gab Jaurès das, was Poincaré zu dieser Mahnung bewegt hatte, zutreffend wieder: Poincaré befürchte, daß der »boulangistische Strom ihn selber und die Republik hinwegschwemmen« könnte.⁶⁰

Diese Zurückhaltung bezeichnet das, was man die »subjektiven Grenzen« des Poincarismus – im Unterschied zu den unten darzustellenden »objektiven Grenzen« – nennen könnte. Ironischerweise hingen diese Grenzen eng mit dem zusammen, was Poincaré in der Geschichtsschreibung häufig als charakterliche Schwäche und persönliche Begrenztheit zugesprochen wird, nämlich sein »legalistisches« Denken, die ständige Unterordnung politischer unter juristische Gesichtspunkte. »On ne devrait jamais mettre à la tête d'un pays un homme qui a le cœur bourré de dossiers. C'est trop dangereux«, so lautete das berühmte abschätzige Urteil Clemenceaus über Poincaré⁶¹ und noch Renouvin und Duroselle haben in ihrem Lehrbuch zur Geschichte der internationalen Beziehungen ganz ähnlich geurteilt.⁶² Dieser Legalismus hatte in der Tat erhebliche politische Fallstricke, auf die schon sein Biograph J. Chastenet sehr zutreffend hingewiesen hat: Poincaré betrachtete sich offensichtlich mehr als Rechtsanwalt Frankreichs denn als Politiker. Er wollte den Frieden bewahren, nicht aber als

⁵⁷ So WRIGHT, R. Poincaré (wie Anm. 15) S. 81; ähnlich WORMSER, Le Septennat de Poincaré (wie Anm. 9) S. 15 u. 17.

⁵⁸ Vgl. die zutreffende Bemerkung von J.-Cl. ALLAIN, Joseph Caillaux (wie Anm. 25) S. 407, daß Poincaré in der Literatur häufig »symboliquement et abusivement« zum »animateur de la droite conservatrice et nationaliste« gemacht werde.

⁵⁹ Der »Discours de Montpellier« abgedruckt in POINCARÉ, Au Service de la France (wie Anm. 27) Bd. 3, S. 161–4.

⁶⁰ Humanité, 31. 3. 1913.

⁶¹ Zit. nach J. MARTET, Le Tigre, Paris 1930, S. 192.

⁶² P. RENOUVIN/J. B. DUROSELLE, Introduction à l'histoire des Relations Internationales, Paris 1970¹, S. 305–6.

höchstes Gut: »Aussi bien n'est-ce pas la Paix, simple amie, mais la France, maîtresse chérie, qui est sa cliente (sic!) et . . . il ne saurait en conscience lui conseiller aucune transaction apparaissant avec évidence moins favorable que ne le serait le jugement du tribunal – ce tribunal dut-il être celui du dieu Mars.«⁶³

So zutreffend diese Bemerkung in außenpolitischer Hinsicht auch sein mag: In innenpolitischer Hinsicht hinderte eben dieser Charakterzug Poincaré, die »poincaristische« Rolle zu spielen, die eigentlich alle erwartet – gefürchtet oder erhofft – hatten.

Diese Zurückhaltung ist umso bemerkenswerter, als Poincaré im höchsten Maße an seiner Popularität gelegen war. Sein Tagebuch läßt durchgehend erkennen, wie sehr er innerlich von ihr abhängig war, ja daß er sie als höchste Legitimierung seines Handelns ansah. Nicht von ungefähr finden sich in diesen »notes journalières« der Jahre 1913 und 1914 in dem Maße vermehrt Bemerkungen und Beobachtungen zu diesem Thema, wie im Lauf des Jahres 1914 diese Popularität immer stärker zurückging. Eine der ersten Tagebuchnotizen, kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten der Republik, ist in dieser Hinsicht bereits besonders aufschlußreich:

»J'accompagne le Président de la République dans ses visites aux Présidents des Chambres. Devant le Palais Luxembourg et devant le Palais Bourbon, la foule, massée, crie: Vive Poincaré! avec une insistance très significative. Dans les rues mêmes acclamations. C'est le peuple qui marque sa volonté . . .«

Und am 7. März, einen Tag nach Vorlage des Wehrgesetzes in der Kammer, notierte Poincaré:

»La rue nous (sc. Poincaré und seine Ehefrau) fait toujours le même accueil enthousiaste. La loi de trois ans est très populaire à Paris.«

Diese letztere Notiz zeigt gerade wegen der merkwürdigen Satzverknüpfung, wie sehr sich Poincaré mit der Aufgabe identifizierte, das neue Wehrgesetz um jeden Preis durchzusetzen. Poincaré war, wie viele Politiker der Mitte und der Rechten, der Auffassung, daß die nationale Verteidigung auf Dauer nur durch diese Maßnahme sichergestellt werden konnte. Aus diesem Grunde ist es nicht gerechtfertigt, gerade Poincarés in der Tat nie nachlassenden Einsatz für die Loi de Trois Ans als Beweis für seine Parteilichkeit und sein Überschreiten der verfassungsmäßigen Rechte des Präsidenten anzusehen und ineins zu setzen mit den innenpolitischen Machtbestrebungen konservativer Gruppen.⁶⁴

Andererseits ist es aus zeitgenössischer Perspektive durchaus verständlich, daß besonders die bürgerliche Linke, die ja ihrerseits keinen Zweifel daran ließ, daß sie zu allen für die nationale Verteidigung notwendigen Opfern bereit sei, diese aber erst nach gründlicher parlamentarischer Erörterung genehmigen wollte, über eine solche Intransigenz des Präsidenten für eine von bestimmten Parteien geforderte Maßnahme äußerst empört war. Dies um so mehr, als gerade der dreijährigen Dienstpflicht wegen der militärpolitischen Diskussionen der vorangegangenen Jahre der Verdacht anhaftete, ein Manöver reaktionärer Kreise zu sein, um eine der größten Errungenschaften der »Radikalen Republik«, nämlich die vollständige Gleichheit aller Bürger vor dem

⁶³ JACQUES CHASTENET, Raymond Poincaré, Paris 1948, S. 108.

⁶⁴ Poincaré, Notes Journalières (N. J.), 1. 1. 1913.

⁶⁵ Dies gegen WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 81f.

Wehrdienst und die Einführung einer kurzen Verweilzeit in der Kaserne wieder rückgängig zu machen.⁶⁶

Noch aus historischer Distanz ist es außerordentlich schwierig, innen- und außenpolitische Motive bzw. Implikationen der Rüstungspolitik vor dem 1. Weltkrieg zu unterscheiden. Für die Radikalen und die Sozialisten jener Zeit war diese Unterscheidung insofern noch schwieriger, als gerade die Poincaré nahestehende Presse der Mitte und der Rechten gemeinhin eine direkte Verbindung zwischen Nationalismus, Aufrüstung und ihren eigenen sozial- und ordnungspolitischen Vorstellungen zog. Als Paradigma solch »synthetischer« Betrachtungsweisen mag hier eine Äußerung der »Liberté«, des Sprachrohrs der konservativen »Progressisten« stehen:

»Il est évident que la loi de trois ans est comme la pierre angulaire d'une politique de concorde française . . . On ne peut pas être utilement pour le maintien intégral des forces de la défense nationale sans se rallier en même temps à une politique intérieure de conciliation . . . Si on est pour les trois ans, on doit être aussi contre l'inquisition fiscale⁶⁷ et pour la réforme électorale. Ceci entraîne cela.«⁶⁸

Diese Art von gedanklicher Zusammenfügung wurde noch durch konkrete Handlungen unterstrichen. Zunächst weigerte sich der Regierungschef Barthou, die von den Radikalen und Sozialisten gemeinsam geforderte Steuerreform zu beschleunigen und als ersten Schritt hierzu die Besteuerung der französischen Staatsrente zuzugeben. Als Barthou über diese Frage von einer Koalition der Radikalen und Sozialisten unter Führung von Caillaux gestürzt wurde, gründete er Anfang Dezember 1913 gemeinsam mit Briand die »Fédération des Gauches«. Zu deren Gründungsmitgliedern gehörten die wichtigsten Politiker der Mitte, darunter auch mehrere Mitglieder der Kabinette Poincaré, Briand und Barthou von 1912 und 1913. Das Programm dieser Partei enthielt im Grunde dieselben Forderungen – vermehrt um die Wehrfrage – wie Briands »Discours de Périgueux« von 1909, in welchem die zentristische Doktrin des »apaisement« der gesellschaftlichen Konflikte durch die Solidarität von Kapital und Arbeit zuerst formuliert worden war. Bereits Mitte September hatte »Le Temps« ein ganz ähnliches Programm vorgestellt und Poincaré in seiner Eigenschaft als Staatspräsident – gemäß dem Beispiel Wilhelms II (sic!) – als Koordinator einer großen Bewegung zur ökonomischen Modernisierung Frankreichs sehen wollen.⁶⁹ »Poincaré and the »Fédération des Gauches« stood for identical principles« hat G. Wright angesichts solcher Affinitäten und Identifikationen, die sich geradezu beliebig vermehren lassen, geurteilt.⁷⁰ Es ist sicherlich anzunehmen, daß »im Prinzip« Poincaré dieser Gruppierung innerlich nahe stand, vertrat sie doch recht genau die Standpunk-

⁶⁶ Vgl. R. D. CHALLENGER, *The French Theory of the Nation in Arms*, New York 1955; D. B. RALSTON, *The Army of the Republic*, Cambridge (Mass.) 1967; G. KRUMEICH, *Zur Problematik des Konzepts der »nation armée« in Frankreich*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* (1980).

⁶⁷ So bezeichneten die Konservativen gemeinhin die von den Radikalen und Sozialisten gewünschte Steuerreform, die u. a. auch eine Steuererklärung enthalten sollte, vgl. R. v. ALBERTINI, *Die Diskussion um die französische Steuerreform, 1907–1909*; in: *Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte* 13 (1955), S. 183–201; Caillaux Absichten und konkrete Budget- und Steuerpolitik sind durch die Arbeit von J.-Cl. ALLAIN, *Joseph Caillaux* (wie Anm. 25) jetzt wohl definitiv dargestellt.

⁶⁸ *La Liberté*, 16. 5. 1914.

⁶⁹ *Le Temps*, 21. 9. 1913.

⁷⁰ WRIGHT, *Raymond Poincaré* (wie Anm. 15) S. 106.

te, die er selber als Abgeordneter und als Senator vertreten, ja sogar nach dem Diktum Clemenceaus verkörpert hatte. Gleichwohl und gerade aus diesem Grunde ist zu betonen, daß Poincaré während seiner Amtszeit bis hin zum Juli 1914 nicht eine einzige öffentliche Erklärung abgab, in der solch sozialkonservative Vorstellungen thematisiert worden wären. Darüberhinaus ist für seine Haltung charakteristisch, daß er keineswegs mit Barthous Strategie einverstanden war, in der Steuerfrage einen Konfliktkurs gegen die Radikalen einzuschlagen und somit die Wehrfrage und die »patriotische Einmütigkeit« zur Eindämmung sozialpolitischer Forderungen auszunutzen. Wiederholt versuchte er – allerdings vergeblich – Barthou zum Nachgeben in der Steuerfrage zu bewegen.⁷¹

Solche Distanz konnte jedoch nicht verhindern, daß Poincaré in der öffentlichen Meinung mit Zentrismus und Sozialkonservatismus behaftet blieb. Seine Parteilichkeit schien offenkundig zu werden, als er sich nach dem Sturz Barthous (2. Dezember 1913) beharrlich weigerte, Caillaux gemäß parlamentarischer Tradition mit der Regierungsbildung zu beauftragen, da dieser für den Sturz der Regierung Barthou verantwortlich war. Wie Poincaré Caillaux selber zur Begründung mitteilte, hatte er kein ausreichendes Vertrauen in dessen Fähigkeit, die Beziehungen zu den befreundeten Mächten und die Grundsätze der französischen Verteidigungspolitik aufrechtzuerhalten.⁷² Diese Weigerung war ein deutliches Heraustreten des Präsidenten der Republik zwar nicht aus den verfassungsmäßigen Prärogativen, aber aus allen Gepflogenheiten des »régime parlementaire«. Es deutete Poincarés Bereitschaft an, wegen der Wehr- und Außenpolitik sogar einen offenen Konflikt mit dem Parlament in Kauf zu nehmen. Aber nun zeigten sich zum ersten Mal die »objektiven Grenzen« des Poincarismus: Keiner der ihm politisch nahestehenden Persönlichkeiten war imstande bzw. willens, ein Ministerium gegen die Radikale Partei und gegen Caillaux zu bilden. Schließlich war Poincaré gezwungen, den radikalen Senator G. Doumergue mit der Regierungsbildung zu beauftragen, wobei er diesem allerdings das Versprechen abnahm, daß die Loi de Trois Ans als die Grundlage französischer Verteidigungspolitik nicht rückgängig gemacht werde. Poincaré konnte jedoch nicht verhindern, daß Doumergue seinerseits Caillaux mit dem Finanzministerium betraute – und jeder zeitgenössische Beobachter wußte, daß in dieser Regierung die ausschlaggebende Persönlichkeit Caillaux sein werde.

Der Unterschied zwischen der Zeit der Bildung der Regierung Poincaré von Anfang 1912 und der vom Ende 1913 war der, daß man nach dem Schock der Agadir-Krise und dem weithin empfundenen Bedürfnis nach politischer Neuorientierung und einer »starken« Regierung nunmehr wieder weitgehend zur Normalität des »régime parlementaire« zurückgekehrt war. Die Wehrfrage stand zwar nach wie vor im Zentrum des Interesses, sie war aber wegen des heftigen Streites um ihre Finanzierung endgültig unter den Bann der Innenpolitik geraten. Die Stimmung der Linken gegen den »Poincarismus« zu Ende dies Jahres 1913 erweckt vielleicht am besten der offene Brief, den der Sozialist Marcel Sembat, der ja Anfang 1913 noch für die Wahl Poincarés eingetreten war, an den Präsidenten richtete. In diesem Brief warf Sembat

⁷¹ Vgl. Poincaré, N. J., 30. 10. 13; 16. 11. 13, 25. 11. 13.

⁷² Eine übereinstimmende Darstellung bei POINCARÉ, *Au Service de la France* (wie Anm. 27) Bd. 3, S. 341 und CAILLAUX, *Mes Mémoires* (wie Anm. 28) Bd. 3, S. 81f.

Poincaré vor, seine Pflicht als Präsident der Republik verletzt zu haben als er Caillaux nicht mit der Regierungsbildung beauftragte. Poincarés Anmaßung, ständig als »Retter Frankreichs« aufzutreten, habe ihn übersehen lassen, daß Frankreich nur dann zu retten sei, wenn jeder einzelne sich darauf beschränke, seine Pflicht zu tun. Die Radikale Partei habe mit dem Sturz Barthous ihre Pflicht als Partei erfüllt – Poincarés alleinige Aufgabe müsse es nun sein, »Fahrkarten zur Place Beauveau« auszugeben.⁷³

Aber auch die Rechte war mit Poincarés Verhalten in der Regierungskrise und mit seiner Bereitschaft, der »Linksorientierung« der Kammer durch die Ernennung Doumergues Rechnung zu tragen,⁷⁴ nicht zufrieden. Der monarchistische »Gaulois« bezeichnete Poincarés Nachgiebigkeit als »Tempelentweihung mit Hilfe des Priesters«⁷⁵ und die Presse der rechten Mitte und der Konservativen war überwiegend der Meinung, daß die jüngste Entwicklung das gesamte Bemühen der letzten Jahre um eine »nationale« Politik bzw. um eine »moralische Wiederherstellung« Frankreichs in Frage stelle.⁷⁶

Die Regierungskrise von Ende 1913 hatte somit dem Ansehen Poincarés insgesamt geschadet, indem er – zum ersten aber nicht zum letzten Mal – den Angriffen sowohl von rechts als auch von links ausgesetzt war. Wenn die Linke ihn dazu bewegen wollte, sich endlich in den von ihr als »verfassungsgemäß« angesehenen Rahmen zurückzuziehen, so wurde ihm auf der anderen Seite mangelnder Einsatz für »Frankreich« vorgeworfen. »Feux croisés« hat Poincaré dies in seinen Memoiren genannt⁷⁷ und vorgegeben, daß ihn diese Angriffe nicht weiter berührt hätten. In Wirklichkeit aber war er durch diese Wendung der Dinge zutiefst verunsichert, zumal ihm immer deutlicher wurde, daß die innenpolitische Entwicklung auch seiner Popularität großen Abbruch tat. Am Jahrestag seiner Wahl finden sich in seinem Tagebuch die folgenden, im höchsten Maße bezeichnenden, Erinnerungen und Reflexionen:

»Je me rappelle la journée de Versailles, la sortie du château le soir, après l'élection, la foule amassée sur le passage de l'auto, l'arrivée à la gare, les vivats, le retour à Paris, le débarquement aux Invalides, la visite à Fallières, l'enthousiasme populaire . . . les visites innombrables, la manifestation dans la rue étroite . . . Un an passé!! (sic) . . . la dernière crise ministérielle a rompu le charme et brisé le mouvement national; une grande partie de ces belles espérances est déjà flétrie; et la Constitution m'impose le devoir muet de Casimir Périer.«⁷⁸

Und einen Monat später, zum Jahrestag seines Einzuges in den Elysée-Palast, lesen wir die folgende Betrachtung:

»Il y a un an qu'a eu lieu la transmission de ce qu'on appelle, par dérision sans doute ou par antiphrase, les pouvoirs présidentiels. Je me revois quittant . . . notre petit hôtel de la rue du Commandant Marchand . . . les curieux massés sur les trottoirs . . . poussèrent des acclamations . . . Avenue Malakoff, avenue du Bois, une foule compacte et enthousiaste . . . La foule,

⁷³ Humanité, 10. 12. 13; An der Place Beauveau befindet sich das Innenministerium – gemeinhin auch Sitz des Ministerpräsidenten.

⁷⁴ POINCARÉ, *Au Service de la France* (wie Anm. 27) Bd. 3, S. 339.

⁷⁵ *Le Gaulois*, 8. 1. 14.

⁷⁶ Vgl. *Le Figaro*, 18. 1. 14; *Revue des Deux Mondes*, 15. 12. 13; *La Liberté*, 14. 12. 13.

⁷⁷ POINCARÉ, *Au Service* (wie Anm. 27) Bd. 4, S. 77.

⁷⁸ Poincaré, *N. J.*, 17. 1. 14.

toujours la foule, des vivats sans fin. Toute une ville qui se donne, tout un peuple qui espère . . . (i. O.). Et aujourd'hui, quoi? Le mouvement national déjà partiellement enrayé, les déceptions accumulées, des nuages sur l'avenir.«⁷⁹

Angesichts solch großer persönlicher Betroffenheit – auch verletzter Eitelkeit – erscheint es als Zeichen von Überlegenheit und Charakterfestigkeit, daß Poincaré sich gleichwohl nicht in die politische Auseinandersetzung hineinziehen ließ. Denn an Versuchen, ihn zum Kampf gegen die neue Regierung zu bewegen, fehlte es nicht. Insbesondere Politiker der »nationalen« Mitte, die dazu tendierten, die poincaristische Politik der »fierté nationale« seit der Agadir-Krise mit Antiradikalismus, »apaisement« und sozialem Konservativismus zu identifizieren, versuchten mit zunehmender Heftigkeit, den Präsidenten in ihr Lager zu ziehen. Wiederholt wurde ihm deshalb von seinen langjährigen Vertrauten und politischen Freunden zugetragen, daß Cailaux gegen ihn konspirierte, mit dem Ziel ihn zu stürzen.⁸⁰ Man versuchte auch, ihn mittels der Militärfrage zu politischem Handeln zu bewegen. So wie die Vertreter der »Fédération des Gauches« im Parlament immer wieder das angebliche Desinteresse der Regierung Doumergue an den Problemen der nationalen Verteidigung anprangeren, so versuchten Briand, Barthou, Millerand und J. Reinach,⁸¹ Poincarés Mißtrauen gegen die neue Regierung zu bestärken. Zum Anlaß massiver Interventionen wurde die Tatsache, daß ein halbes Jahr nach Verabschiedung des Wehrgesetzes die komplementäre »loi des Cadres« noch nicht verabschiedet war. Anfang März 1914 ließ J. Reinach Poincaré wissen, daß er sichere Informationen dahingehend habe, daß Deutschland eine wirtschaftliche Mobilmachung vorbereite; gleichwohl zeige sich Doumergue an der Militärfrage vollständig desinteressiert. Dies sei um so bedenklicher als Doumergue und Cailaux innenpolitisch immer mehr an Einfluß gewannen. Reinach warf Poincaré unverblümt vor, durch sein reserviertes Verhalten indirekt für die so entstehenden Gefahren mitverantwortlich zu sein:

»Il me déclare nettement qu'à son avis j'ai perdu beaucoup de terrain depuis plusieurs mois. On m'avait nommé par besoin d'autorité. Le même besoin d'autorité pousse maintenant beaucoup d'hommes politiques, même de droite, comme Piou⁸² vers Cailaux . . . Beaucoup de mes partisans m'abandonnent parce qu'ils ont soif d'être gouvernés.«⁸³

Wie sich die enttäuschten »Poincaristen« einen »starken« Präsidenten vorstellten, erläuterte ihm Millerand, Kriegsminister der Regierung Poincaré von 1912 und ebenfalls Präsidiumsmitglied der FDG, nur einen Tag später:

⁷⁹ Ebd. 18. 2. 14; vgl. hiermit die betont nüchtern gehaltene Reminiszenz in Poincarés Memoiren (Bd. 4, S. 120f.); in der »Illustration« vom 21. 1. 13 findet sich ein Photo von der Menschenansammlung vor Poincarés Wohnhaus.

⁸⁰ Poincaré, N. J., 9. 1. 14 (Gespräch mit Briand) und 12. 1. 14 (Gespräch mit Buneau-Varilla).

⁸¹ J. Reinach, einer der Vorkämpfer der Rehabilitierung von Dreyfus und Historiker der »Affäre«, galt als Militärspezialist der gemäßigten Republikaner. Er hatte in der Vorkriegszeit offensichtlich gute Beziehungen zum Generalstab. R. war auch der Urheber der Loi de Trois Ans, wie sie in Abänderung des ursprünglichen Regierungsprojekts vom Generalstab befürwortet und im Juli 1913 z. T. verabschiedet wurde.

⁸² Piou war der Vorsitzende der »Alliance Libérale Populaire«.

⁸³ Poincaré, N. J., 2. 3. 14; in den Memoiren (Bd. 4, S. 72f.) wird dieses Gespräch ebenfalls ausführlich wiedergegeben. Dort heißt es – in charakteristischer Beschönigung – anstelle der zit. Sätze: »Mon visiteur me prie d'attirer l'attention du Conseil sur l'importance de la question (sc. der deutschen Wirtschaftsmobilmachung)«.

»Millerand vient me voir. Il juge nécessaire que j'use de mes droits constitutionnels et que j'envoie un message⁸⁴ aux Chambres pour leur demander de voter la loi sur la constitution des unités militaires avant les élections. Le cabinet m'a enlevé beaucoup de ma popularité; on m'a élu pour que j'agisse. Je ne puis être un président comme Fallières et Loubet. Si j'adresse un message aux Chambres, la loi sera votée et j'aurai le bénéfice d'un acte d'ailleurs parfaitement légal.«⁸⁵

Trotz seiner Überzeugung, daß Caillaux Frankreich schädliche Absichten hege, ließ Poincaré sich jedoch auch von Millerand nicht zu peremptorischen »Handlungen« hinreißen. Wohl im Mißtrauen gegenüber den Pressionen seiner politischen Vertrauten hatte er sich zuvor schon persönlich vom Generalstabschef Joffre über dieses Militärproblem unterrichten lassen, und Joffre hatte ihm mitgeteilt, daß die Verabschiedung der »Loi des Cadres« noch nicht überaus dringlich sei. Und trotz Millerands deutlicher Unzufriedenheit, daß Poincaré sich »trop mou« verhalte, beharrte dieser auf seiner »inaction provisoire«.⁸⁶ Eine Woche darauf nahm das Parlament ohne jegliche Pressuren von Regierungsseite die »Loi des Cadres« an.⁸⁷

So hatte Poincarés Nüchternheit gegenüber den hitzigen und engstirnigen Versuchen der »Poincaristen«, den Präsidenten der Republik zu ihrem innenpolitischen Assoziierten zu machen, sicherlich einen guten Teil des Verdienstes daran, daß sich die französische Innenpolitik zu jener Zeit nicht noch stärker polarisierte, als dies ohnehin der Fall war. Denn die geschilderten Ereignisse geschahen genau zu dem Zeitpunkt, an dem die berühmte Kampagne des »Figaro«, die wenige Tage später mit der Ermordung des Chefredakteurs dieser Zeitung, Gaston Calmette, durch Caillaux' Ehefrau so tragisch enden sollte, ihren Siedepunkt erreicht hatte. Es ist an anderer Stelle dargestellt worden, daß Briand und Barthou gemeinsam mit anderen Politikern und Journalisten die Calmette-Kampagne entscheidend gefördert haben. Im Gegensatz zu der noch heute häufig geäußerten Meinung, daß Poincaré an dieser Kampagne maßgeblich Anteil gehabt habe, ist zu betonen, daß er allen Versuchen seiner Freunde, ihn zu ihrem Komplizen zu machen, widerstand, weil er fürchtete, daß eine solche Parteinahme die »paix publique« auf Dauer gefährden könnte.⁸⁸

Hier zeigten sich allerdings auch – dies hat Caillaux in seinen Memoiren zu Recht angemerkt⁸⁹ – die Grenzen der Unparteilichkeit Poincarés. Nach der tragischen Entwicklung der Dinge ließ er es wider besseres Wissen zu, daß Barthou nicht nur vor dem Untersuchungsausschuß unter Eid die Unwahrheit sagte, sondern er unternahm auch nichts, um die weiteren Diffamierungen Caillaux' zu beenden. Zu erklären ist dies allein durch die permanente und sehr begründete Befürchtung, daß Caillaux' Aktivitäten und Politik ihn selber und sein Werk des »redressement« Frankreichs aufs äußerste gefährdeten.⁹⁰

⁸⁴ Zum »droit de message« vgl. oben S. 436.

⁸⁵ Poincaré, N. J., 4. 3. 14.

⁸⁶ Ibid.

⁸⁷ Vgl. JOC, Déb. 12. 3. 14.

⁸⁸ Vgl. Gerd KRUMEICH, Raymond Poincaré et l'affaire du »Figaro«, in: *Revue Historique* CCLXIV/2 (1980), S. 361–369.

⁸⁹ Vgl. CAILLAUX, *Mémoires* (wie Anm. 27) Bd. 3, S. 136.

⁹⁰ Zu der Qualifizierung der Innenpolitik Poincarés als eines nur kurzfristigen »redressement« (im Unterschied etwa zu einem anhaltenden »renouveau national«) vgl. G. TIXIER, Poincaré et le redressement français, in: *Revue politique et parlementaire* 57 (1955), S. 185–191.

Die Legislativwahlen vom Mai 1914 brachten einen unerwartet hohen Stimmengewinn für die Sozialisten, die 42 Mandate hinzugewannen. Zusammen mit der Fraktion der Radikalen Partei, die ihrerseits allerdings kaum Zugewinne erzielt hatte, konnten sie nunmehr die Mehrheit des Parlaments bilden, sollten sich diesem »Block« der Linken noch einige wenige Abgeordnete der Mitte anschließen. Auf die wichtigste Frage hatten die Wahlen jedoch keine eindeutige Antwort gegeben: ob die Bevölkerung das Wehrgesetz unverändert aufrechterhalten, modifiziert oder sogar wieder abgeschafft sehen wollte. Während die SFIO selbstverständlich das letztere annahm, äußerten sich die meisten Radikalen äußerst vorsichtig: Die »drei Jahre« seien zwar kein »Dogma«, aber bis auf weiteres beizubehalten.⁹¹

Gleichwohl besiegelte der Wahlsieg der Linken den Niedergang des »Poincarismus«, wie er sich bereits seit der Bildung der Regierung Doumergue/Caillaux abgezeichnet hatte. Die Enttäuschung Poincarés ebenso wie die der gemäßigten und konservativen Politiker und Presse war groß. Poincaré stellte mit Bitterkeit fest, daß die Wahlen ihn endgültig seiner Autorität beraubt hätten.⁹² Er war allerdings von vornherein bereit, in einem – so noch die Memoiren-»sombre silence« zu verharren.⁹³ In seinen Memoiren hat er auch über die Stimmen der »réactionnaires«, die ihm sein Schweigen vor und während der Wahlen vorgeworfen hatten, berichtet.⁹⁴ Ungleich wichtiger aber und für das Problem des »Poincarismus« viel bezeichnender als etwa die »Lettre ouverte à M. Poincaré« im monarchistischen »Gaulois« waren die neuerlichen und massiven Interventionen seiner politischen Freunde aus dem Lager der gemäßigten Republikaner. Diese Politiker, für die die Wahlen insgesamt eine verheerende Niederlage bedeutet hatten (so hatte Briands »Fédération des Gauches« ganze 31 Mandate errungen), versuchten nunmehr, ihn zu einem regelrechten Gewaltakt gegen das neue Parlament zu bewegen. Millerand, Briand, Buneau-Varilla vom »Matin« und A. Capus vom »Figaro« versuchten verzweifelt, Poincaré nunmehr endlich ein »Handeln« abzurufen. Wie sich diese Gruppe sein Handeln vorstellte, erläuterte ihm sehr offen Millerand, einer der wenigen engen Freunde Poincarés:

»Le moment me paraît venu de te défendre, en nous défendant tous. Arrange-toi pour obtenir la démission de Doumergue et forme un ministère Delcassé ou même un ministère Viviani.«⁹⁵

Auf Poincarés Frage hin erklärte Millerand auch, daß er selber ebenfalls bereitstünde . . .

Poincaré war gleichfalls der Überzeugung, daß Millerands Beurteilung der Situation im Grunde zutreffend sei.⁹⁶ Im Unterschied aber zu Millerand und den anderen Politikern und »Meinungsmachern« der Mitte war er der strikt »legalistischen« Auffassung, daß kein äußeres Ereignis ihm ein so schwerwiegendes Eingreifen in die Tagespolitik erlaube, um – auf welche Art auch immer – eine Demission Doumergues zu erreichen. Eine Regierung Delcassé wäre Poincaré insofern angenehm gewesen als

⁹¹ Vgl. hierzu J.-J. BECKER, 1914 Comment les Français sont entrés dans la guerre (wie Anm. 13) T. 1 und KRUMEICH, Aufrüstung und Innenpolitik (wie Anm. 51) Kap. IX.

⁹² Poincaré, N. J., 17. 5. 14.

⁹³ POINCARÉ, Au Service (wie Anm. 27) Bd. 4, S. 120.

⁹⁴ Ibid.

⁹⁵ Poincaré, N. J., 15. 5. 14.

⁹⁶ Vgl. ebd. 21. 5. 14, Gespräch mit Maurice Bernard.

Delcassé, innenpolitisch eher der radikalen Linken zuzurechnen, in außenpolitischer Hinsicht geradezu symbolhaft den Kurs einer »starken« und festen Wehr- und Bündnispolitik mit deutlicher Spitze gegen Deutschland vertrat.⁹⁷ Poincaré aber wußte, daß die Einsetzung eines »ministère troisanniste« (so eine damals durchaus übliche Formulierung!) auf völliges Unverständnis der Linken stoßen würde. Und er war nach wie vor nicht bereit zu versuchen, durch einen Gewaltakt aus der »Sackgasse«⁹⁸ herauszugelangen, die diese Wahlen für ihn darstellten. Im Gegenteil: Poincarés berühmter »Discours de Lyon«, am 24. Mai 1914 inmitten all dieser Gespräche gehalten, gewinnt erst in Kenntnis dieser Ängste und Pressionen der »Poincaristen« seine ganze Bedeutung. Diese weithin beachtete Rede hatte sogar ausdrücklich das Ziel, seine politischen Freunde in ihre Schranken zurückzuverweisen und Poincarés Sicht der verfassungsmäßigen »irresponsabilité« des Präsidenten darzustellen.⁹⁹ In der Tat klingen die wichtigsten Sätze dieser Rede wie eine direkte Antwort auf Millerands zitierte Forderungen:

»La France qui a fait la triste expérience du pouvoir personnel et qui ne la recommencera plus, entend se diriger elle-même et contrôler souverainement, par l'entremise des représentants qu'elle se donne, l'action quotidienne des cabinets responsables. En meme temps, elle veut que, dans l'Etat, toutes les fonctions, les plus modestes et les plus hautes, soient consciencieusement remplies par ceux à qui elles sont confiées et elle attend du Président de la République . . . qu'il s'acquitte intégralement et sans défaillances des devoirs qui lui incombent. . . . le Président de la République doit chercher à se hausser au-dessus des intérêts particuliers, même les plus légitimes . . .«¹⁰⁰

Solch deutliche Formulierungen führten sogar dazu, daß Jaurès, der seit den Wahlen fast täglich Poincarés Verhalten anprangerte, für eine kurze Zeit seine frühere Sympathie für Poincaré wiederentdeckte.¹⁰¹ Es kann nicht verwundern, daß die gesamte Presse der Mitte und der Rechten – mit Ausnahme des »Figaro« – den »Discours de Lyon« als ein neuerliches Zeichen höchst bedauerlicher »Unentschlossenheit« wertete. Mehr noch: Wie Poincaré aus glaubwürdiger Quelle erfuhr, kam es daraufhin zu einem Treffen der Leiter der gesamten Pariser »Großen Presse« (Le Matin, Le Journal, Le Petit Journal, Le Petit Parisien), die übereinkamen, alles zu tun, um Poincarés Position wieder zu stärken, notfalls sogar ihn »in Bewegung zu setzen«.¹⁰²

Es war der Regierungschef Doumergue selber, der wenige Tage darauf Poincaré die Hoffnung wiedergab, aus seiner »Sackgasse« heraustreten zu können, ohne die Verfassung zu verletzen. Am 29. Mai nämlich, unmittelbar vor dem Aufbruch Poincarés zu einer Reise in die Bretagne, ließ Doumergue ihn wissen, daß er noch vor Zusammentreten des neu gewählten Parlaments zurücktreten werde, da er selber das Wehrgesetz nicht antasten wolle, aber voraussetzen müsse, daß seine radikalen

⁹⁷ Vgl. Ch. ANDREW, Théophile Delcassé and The Making of the Entente Cordiale, London 1968.

⁹⁸ Poincaré, N. J., 5. 6. 14.

⁹⁹ Ibid. 16. 5.

¹⁰⁰ Zit. nach POINCARÉ, Au Service (wie Anm. 27) Bd. 4, S. 130f.

¹⁰¹ Vgl. Humanité, 26. 5. 14.

¹⁰² Poincaré, N. J., 25. 5. 14.

Parteifreunde im neuen Parlament Modifizierungen verlangen würden.¹⁰³ Diese Mitteilung erweckte in Poincaré eine neue Kampfbereitschaft, die bereits in einer Rede zum Vorschein kam, die er unmittelbar darauf im bretonischen Rennes hielt. Poincarés »Discours de Rennes« hat sowohl bei den Zeitgenossen als auch in der historischen Literatur ein starkes Echo ausgelöst, weil er sich hier kämpferisch wie nie zuvor zeigte und in der Tat ganz unverhohlen für die »Loi de Trois ans« eintrat:

»La France ne veut pas être exposée à subir la loi de l'étranger; elle est fermement pacifique, mais elle entend sauvegarder son indépendance, ses droits et son honneur; il lui faut, pour les défendre, une armée composée de gros effectifs et rapidement mobilisable . . .«.¹⁰⁴

Gegen die heftigen Vorwürfe der Linken, daß der »Discours de Rennes« ein eindeutiges Überschreiten der Kompetenz des Präsidenten der Republik darstelle,¹⁰⁵ weil er in einer parteipolitisch umkämpften Frage Stellung bezogen habe,¹⁰⁶ hat Poincaré in der für ihn typischen legalistischen Weise geantwortet, daß er ja zuvor dem Kriegsminister Noulens die betreffenden Passagen vorgelegt und dessen Zustimmung gefunden habe.¹⁰⁷ Dieses Argument war insofern etwas spitzfindig, als Poincaré und Noulens wußten, daß dies die letzte Amtshandlung des Kriegsministers sein würde, der selber immer für die Loi de Trois Ans eingetreten war und dessen Regierungschef nun gerade deshalb demissionierte, weil er glaubte, das Wehrgesetz nicht mehr aufrechterhalten zu können. Diese Frage der »Legalität« der Rede Poincarés in Rennes ist indes historisch ohnehin von weniger großem Interesse als die dahinterstehende Absicht und Erwartung. Diese waren für die Zeitgenossen überaus deutlich erkennbar und bestimmten das Verhalten der Sozialisten und der Radikalen gegenüber Poincaré: Wenn bislang schon im Verlauf des Jahres 1913 Skepsis und Ablehnung immer stärker zugenommen hatten, so schlug diese Stimmung nunmehr in offene Ablehnung um: »Le Pays veut aller à gauche, le Mal Elu de l'Élysée veut le forcer à aller à droite«¹⁰⁸ war nur die extreme Form einer auf der Linken weithin geteilten Einschätzung. In der Tat war Poincarés Rede in Rennes ein Versuch, zu messen, was ihm an Charisma verblieben war: Unmittelbar nach den Wahlen war er noch der Meinung gewesen, daß er ein »président entravé« sei,¹⁰⁹ dem es die Verfassung nicht erlaube, durch persönliche Initiativen die Autorität zurückzuerkämpfen, die er durch die Wahlen verloren habe.¹¹⁰ Nun aber – angesichts des unvermutet bevorstehenden Regierungswechsels – glaubte er, zumindest Teile seiner alten Autorität wiedererlangen zu können. Und da ihm schon von jeher Popularität als der

¹⁰³ Ibid. 29. 5.; ähnlich schon Ibid. 24. 5., inhaltlich übereinstimmend mit Poincarés Memoiren (Bd. 4, S. 136). Caillaux hat dahingegen behauptet, daß Poincaré Doumergues Rücktritt gefordert habe und daß Doumergue aus Angst, einer ähnlichen Kampagne ausgesetzt zu werden, wie Caillaux in der »Figaro«-Affäre, sich gebeugt habe (Mémoires, wie Anm. 28, Bd. 3, S. 150).

¹⁰⁴ Zit. nach POINCARÉ, Au Service (wie Anm. 27) Bd. 4, S. 132f.

¹⁰⁵ Vgl. u. a. WRIGHT, Raymond Poincaré (wie Anm. 15) S. 117.

¹⁰⁶ In der Tat war es eine in der Geschichte der 3. Republik stets sehr kontrovers diskutierte Frage, ob das Schwergewicht der nationalen Verteidigung bei den Reservisten (der »nation armée«) oder bei der jeweils aktiven Armee liegen solle (vgl. die in Anm. 66 genannte Lit.).

¹⁰⁷ POINCARÉ, Au Service (wie Anm. 27) Bd. 4, S. 145.

¹⁰⁸ So G. Hervé in »La Guerre Sociale«, 14. 6. 14.

¹⁰⁹ Poincaré, N. J., 16. 5. 14.

¹¹⁰ Ibid. 17. 5. 14.

Gradmesser seines Einflusses galt, ist sein Tagebuch während der Bretagne-Reise angefüllt mit fast ängstlichen Beobachtungen bezüglich der Reaktion der Bevölkerung auf sein Erscheinen.¹¹¹

Der begeisterte Empfang in der – stets besonders nationalistisch eingestellten – Universitätsstadt Rennes ließ ihn all seine Sorgen für einen Moment vergessen: »Quelle fierté d'avoir gagné le cœur de toute cette jeunesse«. Diese Stimmung erinnerte ihn an die Zeit des nationalen Aufschwungs nach dem Zwischenfall von Agadir, und den »Discours de Rennes« hielt er vor dem Hintergrund dieser lokalen Begeisterung: »[Le discours] déchaîne un enthousiasme indescriptible . . . Le banquet s'achève dans le délire.«¹¹² Dieses »bain de foule«, wie sie später der General de Gaulle von Zeit zu Zeit zu nehmen liebte, scheint Poincaré in der Regierungskrise nach dem Rücktritt Doumergues (2. Juni 1914) so weit gestärkt zu haben, daß er glaubte, er könne doch noch einmal einen entscheidenden Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung nehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß er versucht hätte, den unverhohlenen – vielfach auf einen regelrechten Staatsstreich zur Rettung »Frankreichs« drängenden – Aufforderungen der Presse der Mitte und der Rechten zu folgen.¹¹³ Nachdem die »consultations d'usage« der Präsidenten der beiden Kammern und besonders prominenter Politiker gezeigt hatten, daß alle diese Honoratioren der Meinung waren, daß nur ein Kabinett Viviani sowohl das Wehrgesetz aufrechterhalten als auch eine Mehrheit der Linken finde könne, betraute Poincaré Viviani mit der Regierungsbildung.¹¹⁴ Mit Vivianis Einverständnis versuchte er, Léon Bourgeois, die vielleicht größte Gestalt des Radikalismus, zur Mitarbeit in diesem Kabinett zu bewegen. Denn Poincaré wußte, daß Bourgeois einer der wenigen Radikalen war, die als unbedingte Befürworter des Wehrgesetzes gelten konnten. Gerade aus diesem Grunde aber lehnte Bourgeois nach langen Beratungen eine Mitwirkung ab: Vivianis geplante Regierungserklärung erschien ihm – genau wie Poincaré – als zu »schwach«; sie ordne die nationale Verteidigung dem Wunsch unter, bei der Linken keinen Anstoß zu erregen.

Viviani aber war über diesen Rückzug Bourgeois' keineswegs »fort embarrassé«, wie Poincaré in seinen Memoiren berichtet hat.¹¹⁵ Im Gegenteil: Er beachtete nicht einmal Poincarés dringende Mahnung – die verfassungsmäßig überhaupt nicht fundiert war – daß er sich vor Berufung eines neuen Außenministers aufs Neue seines Einverständnisses versichern müsse.

Auch eine direkte Aufforderung, wegen des Rückzugs Bourgeois' den Auftrag zur Regierungsbildung wieder zurückzugeben, fand von seiten Vivianis keine Beach-

¹¹¹ Vgl. *ibid.* 29. 5. und 30. 5. 14 (Laval): »Dans les rues l'accueil a été un peu froid et les curieux assez clairsemés . . . est-ce l'effet de l'heure, du tempérament breton ou du désenchantement qui gagne la province?«; *ibid.* 30. 5. (Saint Malo): »Vivats sans fin . . . foule en délire . . . Que faire pour répondre à l'attente de tous ces braves gens?« Vgl. auch *ebd.* Empfänge in Fougères, Dinant, Bayonne.

¹¹² *Ibid.* 1. 6. 14.

¹¹³ Diese waren z. T. so vehement, daß sogar »Le Temps«, gemeinhin führend in »poincaristischen« Bekundungen, vor einer Überschätzung der Macht des Präsidenten warnte (3. 6. 14).

¹¹⁴ Die Darstellung dieser Konsultationen in Poincarés Memoiren (Bd. 4, S. 145f.) stimmt nahezu wörtlich mit den entsprechenden Tagebuchnotizen überein.

¹¹⁵ *Ibid.* S. 150.

tung.¹¹⁶ Nie zuvor hatte Poincaré so kraß die Erfahrung seiner tatsächlichen Machtlosigkeit machen müssen:

»Devant la résolution de Viviani que faire? Si je m'oppose à la formation du cabinet, les radicaux déchaînés . . . feront grève autour de . . . tout autre, et je suis dans une impasse. Si j'en pouvais sortir par une crise présidentielle, ce serait parfait pour moi, mais le pays? Il n'y a donc qu'à boire le calice.«¹¹⁷

Ironischerweise halfen ihm aber – für eine kurze Weile – gerade die dezidiertesten »Antipoincaristen« aus dieser »Sackgasse« heraus. Emile Combes, bis 1913 Präsident der Radikalen Partei und Symbol des kämpferischen »laizistischen« Republikanismus, weigerte sich, anstelle Bourgeois' in ein Kabinett Viviani einzutreten. Seine Begründung hierfür war, daß er nicht mit einem Präsidenten zusammentreffen wolle, der sein Versprechen, stets für die republikanischen Institutionen einzutreten, gebrochen habe . . .

Als Viviani in der Radikalen Partei niemanden mehr fand, der bereit gewesen wäre, eine Regierung mitzutragen, die nicht mindestens die Möglichkeit einer baldigen Revision der »Loi de Trois Ans« einräumte, sah er sich letztlich doch gezwungen, dem Staatspräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben.

Die Krise des »Poincarismus« spitzte sich aber dramatisch zu, als Poincaré nunmehr versuchte, einen Kampfkurs gegen das Parlament einzuschlagen. Denn die Berufung Ribots war das »Handeln«, auf das alle Parteien gewissermaßen gewartet hatten. So wie Combes für den kämpferischen Radikalismus stand, so war Ribot eine der profiliertesten Persönlichkeiten des sozialen Konservatismus und politischen Antiradikalismus. Zum ersten Mal seit langem zeigte sich die gemäßigte und konservative Presse vollständig mit Poincaré einverstanden, und man war optimistisch, daß Ribot eine parlamentarische Mehrheit für sein mutmaßliches Eintreten sowohl für konservative Gesellschaftspolitik als auch für eine starke Armee finden werde. Ribot, so jubelte »Le Temps«, werde die Lois de Trois Ans bewahren und den von Caillaux' unverantwortlicher Steuerpolitik fast ruinierten Kredit Frankreichs wieder stärken.¹¹⁸

Aber die Ernennung Ribots war in Wirklichkeit nicht der Ausdruck einer solchen innenpolitisch motivierten »Offensive«: Gerade im Gegenteil ging es Poincaré darum, auf diese Weise zu erkennen zu geben, daß für ihn – wie für Ribot – die im »nationalen Interesse« unaufgebbare Wehrpolitik in keinem Zusammenhang mit konservativer Innenpolitik stand; daß also die von gemäßigten und konservativen Politikern und Publizisten häufig vorgenommene »Synthese«¹¹⁹ nicht seinen Intentionen entsprach. Poincaré erzielte in seinen Beratungen mit Ribot Einmütigkeit darüber, daß die Beibehaltung der Loi de Trois Ans von steuerpolitischen Konzessionen an die Linke begleitet sein müsse. Tatsächlich legte Ribot in seiner Regierungserklärung hierauf besondere Betonung.¹²⁰

Aber diese ganz erhebliche Konzessionsbereitschaft wurde von der Linken nicht wahrgenommen bzw. nicht angenommen.

¹¹⁶ Poincaré, N. J., 5. 6. 14.

¹¹⁷ Ibid.

¹¹⁸ Le Temps, 9. 6.; 10. 6.; vgl. auch Le Gaulois, 11. 6.; La Liberté, 11. 6.

¹¹⁹ Vgl. oben S. 442.

¹²⁰ Poincaré, N. J., 7. 6.; JOC Déb. 13. 6. 14.

Politik ist immer auch symbolische Handlung, und die Einsetzung Ribots galt als Symbol »poincaristischer« Angriffe auf die Souveränität des Parlaments. So geschah, was in der Geschichte der Dritten Republik noch nie geschehen war: Die Kammer verweigerte der Regierungserklärung die Zustimmung und zwang das Kabinett Ribot auf diese Weise zum sofortigen Rücktritt. »Se soumettre ou se démettre«, so lautete die Schlagzeile der »Humanité« vom folgenden Tage, in Wiederaufnahme der Kampfparole, mit der es der republikanischen Linken im Jahre 1877 gelungen war, den Präsidenten Mac Mahon in seine verfassungsmäßigen Schranken zurückzuverweisen. Und Jaurès bejubelte den »réveil de l'esprit républicain contre tous les Poincaré, Joffre, Paléologue et autres faiseurs du pouvoir personnel«.¹²¹

Poincaré demissionierte nicht sondern unterwarf sich. Die üblichen Befragungen ergaben, daß man recht einmütig der Ansicht war, nur Viviani könne eine hinreichend stabile Mehrheit im Parlament finden. So beauftrage Poincaré Viviani erneut mit der Regierungsbildung. Zwar erschien ihm die neue Erklärung wiederum nicht hinreichend »fest« zu sein. Aber er mußte sich mit Vivianis Versicherung zufrieden geben, daß das Wehrgesetz vorläufig nicht zur Disposition gestellt werden würde. Jedes andere Verhalten hätte – so Poincarés eigene Einschätzung – seine Demission zur Folge haben müssen. Dies aber erschien ihm – hier zeigt sich erneut die charakteristische Selbstüberschätzung – gleichbedeutend damit zu sein, den »ennemis de l'alliance russe« und den »artisans perfides d'un rapprochement franco-allemand« den Weg freizumachen.¹²² Deshalb erschien es ihm als unumgänglich, trotz der gerade erlittenen Niederlage nicht zu demissionieren:

»Mon impuissance constitutionnelle m'attirera de nouvelles attaques, ma popularité déclinante disparaîtra, ma présidence suivra, mais j'aurai fait, jusqu'au bout effort pour sauver le pays.«¹²³

Die Niederlage wurde zur Erniedrigung, als Poincaré eine seit längerem geplante Reise in die Industriestadt Saint Etienne (Dép. Loire) auf Bitten des Präfekten hin absagen mußte. Die in seinen Memoiren zur Begründung hierfür angeführten »convenances locales«¹²⁴ bestanden nämlich darin, daß der Präfekt dieses Departements ihn bat nicht zu kommen, da es angesichts der jüngsten Ereignisse zu antipoincaristischen Demonstrationen kommen könnte . . .¹²⁵

Die Situation des »Poincarismus« kurz vor Beginn der Ereignisse, in denen Poincaré eine Rolle spielen sollte, die nicht unwesentlich von dieser innenpolitischen Entwicklung beeinflußt war,¹²⁶ mag abschließend in dem Gespräch hervortreten, daß er mit H. Simond, dem sehr einflußreichen Besitzer des führenden Organs der »rallierten« nationalistischen Rechten, des »Echo de Paris«, führte:

¹²¹ Humanité, 13. 6.; der Generalstabschef Joffre und der Botschafter in St. Petersburg, Paléologue, hatten mit ihrer Demission gedroht für den Fall, daß die neue Kammer die Loi de Trois Ans antaste: vgl. MICHON, La Préparation à la guerre (wie Anm. 30) S. 196 f.

¹²² Poincaré, N. J., 13. 6. 14.

¹²³ Ibid.

¹²⁴ POINCARÉ, Au Service (wie Anm. 27) Bd. 4, S. 171.

¹²⁵ Poincaré, N. J., 20. 6. 14.

¹²⁶ Vgl. die in Anm. 51 genannte Arbeit des Verf.

»Simond . . . vient causer avec moi. Il me parle . . . de ma popularité, des espérances mises en moi; il reconnaît que ni les événements ni la Constitution ne m'ont permis de répondre à l'attente populaire; mais il croit qu'une grande crise se prépare et que, tôt ou tard, il faudra recourir à un message et à une dissolution en jouant, dit-il, ma présidence, pour sauver les lois de défense nationale et la politique extérieure de la France. Je lui réponds que je n'écarte pas cette éventualité comme impossible, qu'il me coûterait peu de perdre immédiatement ma présidence mais qu'avant d'engager une partie quelconque il faut être sûr d'avoir le pays avec soi et qu'en surplus je ne violerai ni ne fausserai la constitution.«¹²⁷

Kurz vor Beginn der Julikrise war somit der »Poincarismus« als eine zunächst polyvalente Erscheinung, dann aber als ein Versuch der »nationalen« Mitte, mithilfe des Charismas Poincarés eine innen- und außenpolitische Neuorientierung in Gang zu setzen, gescheitert. Sie war gescheitert aufgrund von zwei Faktoren: der Resistenzkraft der erprobten parlamentarischen Mechanismen und Verhaltenskodices der »Radikalen Republik«; gescheitert aber auch an Poincarés beharrlicher Weigerung, zugunsten einer konservativen und nationalistischen »Neuorientierung« republikanische Traditionen und Institutionen in Gefahr zu bringen.

Vielleicht hat diese z. T. erzwungene, z. T. aber auch freiwillige Zurückhaltung dazu beigetragen, daß Poincaré wenige Tage später wieder allgemeine Zustimmung und enthusiastischen Beifall erhielt, als er die Nation zur »Union Sacrée« aufrufen mußte und dann für einige Zeit zum Protagonisten dieses Burgfriedens wurde.¹²⁸

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Cette étude se propose de reconstituer le phénomène qu'on a classifié, avant et après la guerre de 1914, de »Poincarisme«. La signification de ce concept est pourtant peu claire bien qu'il soit assez couramment employé. Ce manque de clarté provient certainement des origines confuses et multiples du mot: c'était d'abord une des boutades de Clemenceau pour définir, en 1902, la jeune génération de politiciens conservateurs qui auraient perdu l'idéalisme républicain des fondateurs de la République et dont l'immobilisme en matière sociale se serait traduit par une tendance de s'appuyer sur la droite anti-républicaine pour combattre le »péril rouge«. Dans les années suivant le »coup d'Agadir« de 1911, le terme marqua plutôt le »renouveau national« face à la menace allemande et dont, pour des raisons difficiles à établir d'une manière précise, l'incorporation fut justement R. Poincaré. Après la Première Guerre mondiale la dénomination de »poincarisme« joua encore un rôle important dans la lutte révisionniste ou »innocentiste« où d'aucuns reprochaient à »Poincaré-la-Guerre« d'avoir usé de sa popularité d'une manière »boulangiste« pour pouvoir mener »sa guerre« de connivence avec la politique russe et pour satisfaire aux intérêts des capitalistes – ce qui expliquerait du reste le phénomène plus récent de »Poincaré-Ruhr«.

En réalité, la lutte pour la loi militaire de »Trois Ans« de 1913, qui est souvent considérée comme l'apogée du »poincarisme« d'avant-guerre, marqua en même temps les limites de ce mouvement. C'étaient d'abord des limites objectives, consistant dans l'impossibilité d'étendre l'élan national d'une manière durable dans cette »République Radicale« d'avant-guerre. Il s'y ajoutaient cependant des limites subjectives qui consistaient surtout dans le fait que Poincaré n'était pas prêt, pour des raisons de »légalité républicaine«, de jouer le rôle poincariste que ses amis politiques du centre-droit voulaient lui assigner pour »sauver la France« de la menace allemande et de l'impôt de Caillaux. Ce fait est démontré en particulier par l'analyse – qui repose largement sur les »notes journalistiques« de Poincaré – du déroulement de la crise de

¹²⁷ Poincaré, N. J., 26. 6. 14; ähnlich ebd. 3. 7., Gespräch mit A. Tardieu, Redakteur des »Temps«.

¹²⁸ Die Bestimmung der ersten Phase der »Union Sacrée« als eines reinen Burgfriedens (»Trêve«) ist eines der Hauptergebnisse der Arbeiten von J.-J. BECKER (vgl. Anm. 13).

gouvernement avant et après les élections législatives de 1914. Cette crise faillit déboucher sur une crise présidentielle parce que ses amis politiques le poussaient à faire usage de ses prérogatives présidentielles pour les aider contre la majorité de gauche issue des élections. Poincaré y perdit presque tout de son ancienne popularité puisque les gauches triomphantes soupçonnaient le «mal élu de l'Élysée» de se prêter à de telles manœuvres anti-constitutionnelles. Peut-être l'effacement, en partie forcé, en partie délibéré, dans lequel Poincaré persistait par rapport à la politique intérieure, fut-il la raison pourquoi il a pu être acclamé à nouveau, peu après, quand il proclama la trêve qui fut l'«Union Sacrée».